

# Wetzlarer Nachrichten

Zeitung der **SPD** Wetzlar

Jahrgang 12 | Ausgabe 2 | Juni 2020

## Respekt und Anerkennung im Alter

Die gesetzliche Rente ist für viele Menschen im Alter die Haupteinkommensquelle. Dafür haben sie jahrzehntlang gearbeitet und Beiträge eingezahlt. **Seite 4**



## Corona-Hilfe für die heimische Gastronomie

Zur Unterstützung der Gastronomen wird die Stadt Wetzlar im laufenden Jahr keine Gebühren und Pachtzinsen für die für die Außengastronomie genutzten Flächen erheben. **Seite 8**



## „Schutzschirm“ für Sport, Kultur und Soziales

Vereine, Verbände und Initiativen prägen die Stadt – das soll auch weiterhin so sein. Deshalb spannt die Stadt einen Schutzschirm mit 600.000 Euro auf, um Härtefälle zu vermeiden. **Seite 11**



# Kommunaler Solidarpakt 2020 – Bundesfinanzminister Olaf Scholz zeigt den einzig richtigen Weg auf

**Bouffier & Co müssen aus der Schmollecke heraus!**

Als Bundesfinanzminister Olaf Scholz vor einigen Wochen sein Projekt „Kommunaler Solidarpakt 2020“ vorstellte, um u.a. die kommunalen Gewerbesteuerausfälle angesichts der Corona Pandemie mit einem Finanzpaket im Umfange von 57 Milliarden Euro abfedern zu wollen, reagierte der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier äußerst barsch. Scholz habe alles falsch gemacht, so schäumte der Landesvater.

Hat Scholz wirklich alles falsch gemacht? Aus dem Blickwinkel der kommunalen Familie wahrlich nicht. Auch wenn die schwarzen und grünen Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte eine gewisse Rücksichtnahme auf die ihnen nahestehende Regierungskoalition in Wiesbaden üben (müssen), so fällt die Bewertung in der kommunalen Familie eindeutig aus: Der Bundesfinanzminister ist auf dem absolut richtigen Weg.

Schließlich geht es für die hessischen Kommunen um ein Volumen von rund 1,2 Milliarden Euro, die es an wegbrechenden Gewerbesteuererwartungen alleine im Jahr 2020 zu kompensieren gilt. Ganz zu schweigen von den in den kommenden Jahren zu erwartenden Einbußen.

Die Anstrengungen, die Hessens Kommunen infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 in der letzten Dekade gemacht haben, die seitens des Landes mit einem Schutzschirm und der Heskasse, im Übrigen nicht wesentlich mit kommunalem Geld finanziert, sind nicht einfach zu wiederholen, ohne dass vor Ort massive Brems Spuren deutlich werden würden. Sie würden nicht ohne für alle mittel- und langfristig spürbare Einschnitte bleiben können.

Denn ohne handlungsfähige Kommunen ist kein Staat zu machen, das unterstreicht auch Wetz-

**VOLLES LEBEN**  
**STATT LEERE KASSEN!**  
**WIR STÄRKEN KOMMUNEN.**

SPD

lars Oberbürgermeister Manfred Wagner. Die Stadt hatte sich nach immensen Ertragseinbrüchen und aufgelaufenen Kassenkrediten mit enormen eigenen Anstrengungen, so auch der Steuer zahlenden Einwohnerschaft, aus der Haushaltsnotlage herausgearbeitet, seit dem Jahr 2016 in ungebrochener Folge ausgeglichene Haushalte vorgelegt und den damals aufgelaufenen Berg der Kassenkredite von rund 70 Millionen Euro vollständig abgetragen.

Nach Corona könnte alles für die Katz gewesen sein, so fürchtet Wagner. Und dies kann und darf nach seiner Überzeugung und der überwältigenden Mehrheit seiner Kolleginnen und Kollegen in Hes-

sens Rathäusern und Landratsämtern nicht passieren.

Wenn es richtigerweise gilt, für die unterschiedlichsten Bereiche des gesellschaftlichen Lebens Rettungsschirme aufzuspannen, an denen sich die Kommunen, so auch die Stadt Wetzlar mit Aktivitäten vor Ort beteiligen, dann müssen die Gebietskörperschaften mit einem nachhaltig wirkenden Programm ebenfalls einbezogen werden. Denn schließlich gestalten sie den Ausbau und die Weiterentwicklung der Infrastruktur, tragen Krankenhäuser, sichern in den Kitas und Schulen die Bildungsangebote, ermöglichen Vereinen und Verbänden ihre Entfaltungsmöglichkeiten, die das Leben ausma-

chen. Es muss verhindert werden, dass wir uns in die Krise hinein sparen. „Das ist der Ansatz von Olaf Scholz und ich vermag nicht zu erkennen, was daran falsch sein soll“, so Wetzlars OB Manfred Wagner.

Nun mag man die vielleicht nicht ausreichend abgestimmte Erklärung von Olaf Scholz, der ja auch die Bundesländer mit in die Verantwortung nehmen will, als ein wenig unglücklich ansehen, doch darf das nicht dazu führen, dass sich einzelne Ministerpräsidenten in die „Schmollecke“ zurückziehen und damit dringend gebotene Hilfen für die Kommunen gefährden. Denn jeder „Kommunale“ kann eine Vielzahl von Beispielen aufzählen, in denen das Land mit

Griff auf die Kommunalfinanzen oftmals auch alles andere als zimmerlich war.

Daher sind gerade auch die kommunalpolitisch engagierten Landtagsabgeordneten von CDU und Bündnis 90/Die Grünen gefragt, ihren Hut in den Ring zu werfen. Und dies muss dieses Mal wirklich mit allem Nachdruck geschehen. Nicht, wie zum Beispiel beim Thema „Straßenbeiträge“, als Landtagsabgeordneter Frank Steinraths (CDU) zwar bei jeder Bürgerinitiative Verständnis artikulierend seine Aufwartung machte und erklärte, den Sachverhalt Herrn Bouffier vortragen zu wollen, ansonsten in der Diskussion nicht stattfand und auch nichts bewirkt hat.

## Kitabeiträge bei fehlender Kinderbetreuung auf unbestimmte Zeit erlassen

Stadt handelt schnell

Seite 2



**Rolladen Sauter**  
Metall- u. Kunststoffbau  
Fenster · Tore · Sonnenschutz

Beim Eberacker 5  
35633 Lahnu-Dorlar  
Telefon: 0 64 41/94 33-0  
www.sauter-mkb.de

**warema**  
**SCHÜCO**

Fenster · Türen · Vordächer · Wintergärten · Markisen · Rollladen · Rolllöre  
Rollgitter · Jalousien · Klappläden · Tore & Zäune · Insektenschutz

## Aus dem Inhalt

**DAGMAR SCHMIDT**  
Patenschaft für inhaftierte  
Frauenrechtsaktivistin



4

**AUS DEM KREISTAG**  
Gesundheit ist keine Ware



6

**AUS DER STADT**  
Die SPD-Fraktion berichtet



9

**HUBERTUS HEIL**  
Solidarisch handeln



12

**STEPHAN GRÜGER**  
Schulpolitisches Versagen  
der Landesregierung



13

**UDO BULLMANN**  
Aus der Krise lernen



13

**POLITIK**  
Sozialstaat neu gestalten



14

**GESELLSCHAFT**  
Gastbeitrag Frank Mignon



15

# Kitabeiträge werden bei fehlender Kinderbetreuung auf unbestimmte Zeit erlassen

Stadt handelt auf Vorschlag des Oberbürgermeisters schnell und gezielt

Bereits am 23. April wurde im Finanz- und Wirtschaftsausschuss der Stadt auf Vorschlag des Oberbürgermeisters beschlossen, angesichts der Corona-Pandemie die Erhebung der Kita-Gebühren bis auf Weiteres auszusetzen.

Bedingt durch den Covid 19 Virus mussten die Kitas schließen. Es fanden nur Notbetreuungen von Kindern statt, deren Eltern in systemrelevanten Berufen arbeiten

Schon ab April mussten die Eltern keine Gebühren mehr für den Kitaplatz ihrer Kinder zahlen. Die freien Träger sind der Empfehlung der Stadt, die das Gros der Betriebskosten auch dieser Einrichtungen trägt, gefolgt und verfahren entsprechend. Nach Berechnungen des Jugendamtes werden damit ca. 140.000.- Euro an Einnahmen im Monat für die Stadt wegfallen. (ca. 80.000.- Euro der städt. Einrichtungen und ca. 60.000.-

Euro der freien Träger)

Wagner betont: „Die „frühkindliche Bildung“ ist wichtig, wir wollen die vielfältigen Strukturen, der Einrichtungen in der Stadt erhalten.“ Ebenfalls unterstützt werden die Kindertagespflegeplätze in Wetzlar. Ab dem 16.03.2020 erhalten die Tagesmütter auf Grundlage der durchschnittlichen Betreuungszeit der letzten Monate eine Pauschale. Ab Mai werden Eltern (die systemrelevanten Berufe wurden erweitert), deren Kinder wieder ganz regulär in die Kita gehen, die Kita-Gebühr bezahlen.

Ab dem 02.06.2020 werden Krippen, Kitas, Kindertagespflegestellen und Horte in einem eingeschränkten Regelbetrieb wieder öffnen. An dem Konzept für den eingeschränkten Regelbetrieb wurde sorgfältig gearbeitet, um die hohen Auflagen, zur Verhinderung der Ansteckung mit dem Covid 19 Virus, gerecht zu werden.



Fotos: IZ3RF

Wenn schon keine Kita, dann auch keine Kohle

„Uns ist bewusst, dass Erziehungsberechtigte in der Pandemie-Zeit stark belastet sind. Homeoffice und Ausgangsbeschränkungen waren in den letzten Wochen für viele Eltern eine große Herausforderung,“ so Wagner.

Alle Verantwortlichen werden

ihr Bestes geben, um den eingeschränkten Regelbetrieb in den Einrichtungen, so gut wie möglich für Kinder und Erziehungsberechtigte zu gestalten. Gesundheitsschutz von Kindern und MitarbeiterInnen sowie hohe pädagogische Ansprüche werden Hand in Hand gehen.

# Musikschulen des Kreises und der Stadt Wetzlar wollen gemeinsam den nächsten Schritt gehen

Erhalt und Weiterentwicklung des hochwertigen Musikschulangebotes steht im Fokus

Die Musikschule des Lahn-Dill-Kreises und die Wetzlarer Musikschule, die maßgeblich von der Stadt Wetzlar finanziert und als Verein organisiert ist, könnten im Sommer 2021 unter einem gemeinsamen Dach arbeiten.

Das zumindest ist der Wunsch der für die Musikschularbeit verantwortlichen kommunalen Träger, die im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung bereits seit März 2018 eine enge und freundschaftliche Zusammenarbeit pflegen.

Grundlage der Kooperation ist die gemeinsame Überzeugung, dass der Musikschulunterricht neben den musikalischen Fähigkeiten und Fertigkeiten auch einen elementaren Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung und zur Förderung der sozialen Kompetenz, aber auch der Kreativität und Intelligenz leistet. Dies gilt es angesichts herausfordernder Rahmenbedingungen unserer Zeit auch weiterhin an Lahn und Dill zu gewährleisten.

„Die strategische Weiterentwicklung mit dem perspektivischen Zusammengehen der beiden Musikschulen war immer das zentrale Ziel unserer Kooperation. Jetzt halten wir den Zeitpunkt für gekommen, um gemeinsam die nächsten Schritte zu gehen“, erläutern Oberbürgermeister Manfred Wagner und der Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete Heinz Schreiber.

Wie sie verdeutlichen, soll dies nun in den bevorstehenden Monaten unter Einbezug der Schulleitungen, des Vorsitzenden des Vereins Wetzlarer Musikschule sowie von Vertreterinnen und Vertretern der Mitarbeitenden beider Einrichtungen erfolgen. Schließlich sei es für einen erfolgreichen Verlauf des Prozesses elementar, die



Das Lahn-Dill-Jugendorchester, ein Gemeinschaftsprojekt der Musikschulen

Kompetenz der Lehrenden einzubinden.

Aus den Vorüberlegungen des Vorstands der Wetzlarer Musikschule e. V. mit der Betriebsleitung der Lahn-Dill-Akademie haben sich inzwischen Eckpunkte für ein gemeinsames Musikschulangebot ergeben, dem sowohl der Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises als auch der Magistrat der Stadt Wetzlar zugestimmt haben.

Auf der Grundlage dieser Eckpunkte gilt es in den bevorstehenden Schritten auszuloten, ob das Angebot des öffentlichen Musikschulunterrichtes für den gesamten Kreis in die Trägerschaft der Wetzlarer Musikschule e. V. geführt werden kann.

Hauptsitz wäre Wetzlar, ein weiterer Standort würde in Dillenburg vorgehalten, wobei der Unterricht auch dezentral weiterhin in den Schulen des Lahn-Dill-Kreises angeboten wird.

**Neue Struktur für Musikschulangebot**

„Der Zeitpunkt für eine Neustrukturierung des Musikschulangebotes im Lahn-Dill-Kreis ist insbesondere aufgrund altersbedingter personeller Veränderungen auf

den Führungsebenen in beiden Musikschulen gut gewählt“, erklärt Heinz Schreiber. „Die ohnehin anstehenden Wechsel möchten wir zum Anlass nehmen, eine neue, gemeinsame Führungsstruktur aufzubauen“, so Schreiber. Die Musikschulangebote künftig gänzlich in der Vereinsstruktur zu verankern und aus dem öffentlichen Bereich der Lahn-Dill-Akademie herauszulösen, bedeute zudem ein Plus an Flexibilität und Gestaltungsmöglichkeiten, sind sich die Verantwortlichen sicher.

**Wirtschaftliche Vorteile**

Denn neben der Herausforderung, auch in Zukunft eine gute Adresse für engagierte und ambitionierte Musikpädagoginnen und -pädagogen sein zu können, gilt es, angesichts der schwierigen Finanzierungsstruktur öffentlicher Musikschulen auch die wirtschaftlichen Vorteile eines Zusammenschlusses in den Blick zu nehmen. Schließlich stehen auch die heimischen Musikschulen unter finanziellem Druck, kämpfen mit schwankenden Schülerzahlen sowie mit steigenden Kosten. Die Zusammenführung der jährlichen Trägerzuschüsse stärkt die wirt-

schaftliche Grundlage und in gemeinsamer Anstrengung könnte die notwendige Sanierung des Wetzlarer Musikschulgebäudes in Angriff genommen werden.

In beiden Musikschulen zusammen werden derzeit etwa 1.750 Schüler und Schülerinnen durch über 50 Lehrkräfte unterrichtet; die beiden Träger unterstützen ihre Musikschulen finanziell mit insgesamt ca. 550.000 Euro jährlich.

„Das Zusammengehen der Musikschulen dürfte nicht nur aus bildungspolitischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gründen Sinn machen“, davon ist auch OB Manfred Wagner überzeugt. Es zeige sich außerdem gerade jetzt, wie wichtig stabile und einheitliche Strukturen sind, um auch schwierige Zeiten zu meistern.

Jetzt ist es Aufgabe der Musikschulleitungen, in einer Abstimmung mit den Trägern, in einem strukturierten transparenten Prozess unter Einbindung von Betriebsrat und Beschäftigten mit deren Sachverstand die Grundlagen des Zusammenschlusses auszuarbeiten, damit die zuständigen Gremien darüber abschließend beraten und entscheiden können.

# Corona sollte uns demütig nachdenklich werden lassen!

Es wäre zu einfach, zur Tagesordnung überzugehen

Ein Standpunkt von Manfred Wagner, Oberbürgermeister der Stadt Wetzlar.

Monatlang hörten wir von Menschen in China, die von dem Corona-Virus infiziert wurden, schwer erkrankten und verstarben. Wir hörten von Städten mit Ausgangssperren im Reich der Mitte und nahmen es als Randnotiz in den täglichen Nachrichten wahr. Als der erste Fall Ende Januar 2020 bei einem süddeutschen Automobilzulieferer auftrat, schien es sich um eine klar erklärbare und zudem lokal beherrschbare Situation zu handeln.

Rund vier Wochen später wurde der erste Fall eines Infizierten in Hessen gemeldet. Er kam aus dem Lahn-Dill-Kreis und das Medieninteresse war riesig.

Inzwischen wurden alleine in Hessen rund 9.800 positiv getestete Menschen registriert, über 460 Verstorbene sind in unserem Bundesland ausgangs Mai 2020 zu verzeichnen.

Und Mitte März haben wir das Land „heruntergefahren“, damit die Infektionskurve flach gehalten, unser Gesundheitswesen vor einer Überlastung durch viele Neuerkrankte bewahrt wurde. Mit vergleichsweise milden Mitteln, so drückte es der Virologe Christian Drosten kürzlich im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ aus, haben wir eine Pandemie gestoppt und zwar effizient und ohne eine große Zahl von Toten.

Den Corona-Leugnern sollte man nach Ansicht Drostens sagen: „Schaut ins Ausland. Wir haben in Deutschland etwas geschafft, was kein vergleichbares Land hinbekommen hat.“

Zwar diskutieren wir in Deutschland inzwischen an jeder Straßenecke über die Rückkehr zu dem, was wir für normal halten. Landespolitiker überboten sich beim Shutdown und vollführen einen atemberaubenden Wettbewerb, wer die erfolgreichsten „Lockerungsübungen“ durchführt. Fakt ist aber, das Virus ist bis zum heutigen Tage nicht besiegt und wir verfügen noch nicht über wirksame Gegenmittel.

Ob die Pandemie und wenn mit welchen Schüben wiederkehrt, oder ob ein anderes Virus uns in absehbarer Zeit wieder in Schrecken versetzt, all das wissen wir nicht.

Aber wir sollten jetzt nicht nur darüber diskutieren, wann der Urlaub auf „Malle“ wieder in gewohnter Form möglich ist, sondern auch darüber, was wir in unserem System neu kalibrieren müssen.

Da sind viele die, unterstützt mit viel Geld und medialer Begleitung, in den zurückliegenden Jahren nicht müde geworden sind zu erklären, dass nur der schlanke Staat ein guter Staat sei. Heute wis-

sen wir, dass viele Bereiche unseres Gemeinwesens nur so funktionieren konnten, wie sie funktioniert haben, weil alle Ebenen der öffentlichen Hand in der Krisensituation im Vergleich zu manchen Nachbarstaaten ordentlich aufgestellt waren, wiewohl auch wir deutlich Luft nach oben haben.

Stiftungen und Think Tanks erklärten die Ineffizienz des Gesundheitswesens und monierten im Abgleich mit manchen europäischen Ländern die angeblich viel zu hohe Zahl an Krankenhaus- und Intensivbetten. Kapazitäten, die uns in der Situation der Krise Sicherheit gaben, die man nach einem nicht ausschließbaren schlimmeren Verlauf des Infektionsgeschehens hätte aber weiter aufstocken müssen.

Und die Mär, dass die Privatisierung des Gesundheitswesens der Schlüssel zum Erfolg sei, sollte man nach den Erfahrungen dieser Tage wahrlich nicht mehr als Monstranz vor sich hertragen. Im Lahn-Dill-Kreis wird deutlich unterstrichen, wie gut und wichtig es ist, dass Gesundheitspolitik nicht an Dividendeninteressen von Aktionären ausgerichtet ist.

Das gilt in vielen Fällen für die Angemessenheit der Bezahlung und ihre Arbeitsbedingungen. Auf einmal haben Menschen in Berufen den Stempel „systemrelevant“ bekommen, die ansonsten auf der Skala der gesellschaftlichen Anerkennung im hinteren Mittelfeld oder gar in der Abstiegszone standen. Das gilt nach wie vor für ihre Bezahlung. Doch alleine davon, dass wir abends auf dem Balkon stehen und applaudieren, werden die Fallschlüssel für den Personaleinsatz in den Krankenhäusern nicht günstiger und die Bezahlung der Pflege wird auch nicht besser.

Schon bevor die Pandemie in Deutschland so richtig zur Wahrnehmung kam, trauten wir unseren Augen nicht, wenn wir ob der Versorgungsengpässe bei gewissen „Alltagsmedikamenten“ in leere Apothekerschränke schauten.

Und wenn heute in unserem Land der Baufortschritt für einzelne Vorhaben davon abhängt, dass Lieferketten mit Zulieferungen aus anderen Teilen der Erde nicht funktionieren, dann kann der Gedanke nur richtig sein, Produktionen wieder in das Land zurückzuholen oder ihren Erhalt zu sichern. Ein solches Beispiel ist die deutsche Stahlindustrie als Kernbestand unserer Industrie, die am Standort Wetzlar etabliert ist und angesichts der Marktüberschwemmung mit Stählen aus Fernost aber auch den Rahmenbedingungen für ihre Energieversorgung existenzielle Nöte hat.

Zur Wahrheit und Klarheit gehört aber auch, dass es für die Verkürzung von Lieferketten und die Entwicklung von neuen Produkten und Techniken unterschiedlichster



Foto: Wolfgang Schrick

Oberbürgermeister von Wetzlar Manfred Wagner

Entwicklungsperspektiven für die Unternehmen braucht. Dazu gehören auch Flächen, die bereitgestellt werden müssen, um im Land produzieren zu können. Dass dies unter Beachtung ökologischer Kriterien zu geschehen hat, ist unzweifelhaft notwendig und drückt sich in Wetzlar ja auch mit der von der Stadtkoalition auf den Weg gebrachten Ausweisung ökologischer Gewerbegebiete und die entsprechende Aufwertung bestehender Gebiete aus.

Und keineswegs dürfen wir bei der Bewältigung der Pandemie nur die Situation im eigenen Land im Blick haben, sondern müssen auch für die Menschen und Volkswirtschaften in anderen Teilen Europas mit Verantwortung übernehmen, wenn wir das Haus „Europa“ als das Friedenswerk der letzten sieben Jahrzehnte erhalten und bestärken wollen.

Doch dieser Blick macht auch an den Grenzen Europas nicht halt. Wenn wir auf der nördlichen Halbkugel das erhalten wollen, was wir Wohlstand nennen, wenn wir Krieg und Gewalt, die auch aus wirtschaftlichen Belangen resultieren, zurückdrängen wollen, dann müssen wir bereit sein, von unseren Ressourcen abzugeben und für in heutigen Entwicklungsländern bezogene Güter faire Preise zu zahlen. Und so müssen wir auch bereit sein, mit wirksamen Mitteln dem Klimawandel zu begegnen, der an den Grenzen von Kontinenten nicht halt macht.

Die Aufzählung ließe sich fortführen, das dürfte unzweifelhaft sein. Und daher lohnt es sich, spätestens jetzt in den gesellschaftlichen Diskurs einzutreten. Und dieser Diskurs sollte spätestens ab sofort, nachdem ja auch der Kurznachrichtendienst Twitter die stündlichen Posts des US-Präsidenten Donald Trump einem Faktencheck unterzogen hat, einzig und allein auf der Basis von Tatsachen erfolgen.

Und zweifelsohne wäre es schon ein Gewinn, wenn wir alle diesen wichtigen Prozess in dem Bewusstsein durchführten, dass es gerade alternative Fakten nicht gibt!

## STANDPUNKT



Sandra Ihne-Köneke

Die Pandemie-Zeit ist für uns alle eine Herausforderung in vielerlei Hinsicht. Innerhalb kurzer Zeit kommen neue gesetzliche Regelungen heraus, die unseren Alltag, beruflich wie privat betreffen. Gemeinsam haben wir es geschafft, dass der Covid 19 Virus sich nicht rasend schnell ausbreitet und viele Kranke und Todesfälle konnten vermieden werden. Nach dem Lockdown haben wir viele Freiheiten zurückgewonnen.

Weiterhin gilt für uns, dass alle Höflichkeitsbezeugungen oder Sympathiebeweise wie Händeschütteln oder Umarmungen nicht angebracht sind. Nach wie vor gilt Abstand zueinander zu halten. Es ist das Gebot der Stunde, um den Covid 19 Virus nicht zu schnell zu verbreiten, damit wir uns und andere schützen und unser Gesundheitssystem nicht unter der Last der Kranken zusammenbricht. Da, wo wirtschaftliche Interessen über das Leben und die Gesundheit von Menschen gestellt werden, sehen wir die rasche Ausbreitung der Epidemie.

Die Kommunen haben in der Corona-Krise eine besondere Verantwortung übernommen und ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Ohne die Leistung der vielen Beschäftigten hier in Wetzlar in der kommunalen Verwaltung wären wir alle nicht so gut und sicher durch die Krise gekommen. Nun brauchen wir hier vor Ort die Solidarität aller staatlichen Ebenen, das heißt Land und Bund. Es ist gut und richtig, dass unser Bundesfinanzminister Olaf Scholz den Kommunen mit 57 Milliarden Euro unter die Arme greifen will. Damit wären Investitionen der Stadt gesichert und es würde helfen die Konjunktur anzukurbeln, damit wären Arbeitsplätze gesichert. Schätzungen zu Folge hat Wetzlar durch die Pandemie mit hohen Gewerbesteuerausfällen und Einnahmeausfällen zu rechnen.

Die SPD Fraktion in Wetzlar begrüßt ausdrücklich den Vorschlag von Bundesfinanzminister Olaf Scholz, einen Schutzschirm für die Kommunen aufzuspannen. Er schlägt vor, die Gewerbesteuerausfälle der Kommunen zu kompensieren, sowie die Altschulden zu übernehmen – und zwar hälftig durch den Bund und die Länder.

Nun ist die hessische Landesregierung aufgefordert mitzuwirken. CDU und Grüne sollte klar sein, dass wir alle nicht im Landtag leben, sondern in Städten und Gemeinden und da muss das Geld auch ankommen. Wer sich gegen die Pläne von Olaf Scholz stellt, stellt sich gegen eine gute Lebensqualität hier vor Ort.

Der Schutzschirm für die Kommunen sollte schnell umgesetzt werden, am besten so schnell wie die Soforthilfen für kleine und mittelständische Unternehmen.

Die Pandemie wird uns weiterhin beschäftigen und verlangt von uns allen aktives Mitwirken für ein gesundes, verantwortungsvolles Miteinander.

In diesem Sinne bleiben Sie uns gewogen und bitte bleiben Sie kämpferisch und wachsam zu allem und jedem, der einfache Antworten auf komplexe Sachverhalte hat. Das meint im Besonderen Verschwörungstheoretiker, Impfgegner, Antisemiten, Rassisten und alle seltsamen Gruppierungen, die Sündenböcke brauchen, um ihr minderwertiges Selbstbild aufzubauen.

Selbstbewusstsein zeigt sich im solidarischen, nachhaltigen Verhalten. Freiheit und Wohlstand findet man nicht bei denen die Minderheiten und anders Denkende herabsetzen um sich selbst zu erhöhen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Lieben eine schöne Sommerzeit. Bleiben Sie gesund.

Ihre Sandra Ihne-Köneke

## Impressum

Herausgeber: SPD Stadtverband Wetzlar  
Bergstraße 60, 35578 Wetzlar  
Telefon (06441) 209 25 20  
www.spd-wetzlar.de

V.i.S.d.P.: SPD Stadtverband Wetzlar

Verantwortliche Redakteurin:  
Sandra Ihne-Köneke

Redaktion:  
Manfred Wagner, Bärbel Keiner,  
Christopher Bursukis, Heiner Jung,  
Jörg Kratkey, Olaf Körting,  
Peter Helmut Weber, Sabrina Zeaiter  
Annika Schmidt-Ehry, Cirsten Kunz

Anzeigen: Heiner Jung  
Gestaltung, Satz und Layout:  
heiner Medienservice, Wetzlar

Druck: Frankfurter Societätsdruckerei  
Für den Druck der Wetzlarer Nachrichten wird 100 Prozent Recycling Papier verwendet.

Die CO<sub>2</sub>-Belastung durch den Druck der Zeitung wird kompensiert durch Zahlung in Umweltprojekte von First Climate.



Stabgitterzäune  
preiswert  
sicher  
dauerhaft



Wetzlar-Steindorf  
In der Murch 16 – 18  
Telefon (0 64 41) 92 48 60  
www.kraeuter-schmiedeeisen.de  
Schutz vor Einbruch

Überdachungen, Schlosser- & Stahlbauarbeiten, Edelstahlverarbeitung, Torantriebe, Treppen, Tore, Fenster- & Türgitter, Balkongeländer, Treppengeländer, Einzäunungen

# Patenschaft für inhaftierte iranische Frauenrechtsaktivistin

Dagmar Schmidt, MdB, setzt sich für Freilassung von Yasaman Aryani ein

**SPD-Bundestagsabgeordnete Dagmar Schmidt hat eine politische Patenschaft für die iranische Frauenrechtsaktivistin Yasaman Aryani übernommen. Sie setzt sich damit persönlich und dauerhaft für deren Freilassung ein.**

„Frau Aryani hat nach internationalen Rechtsstandards keinerlei strafbare Handlung begangen. Im Gegenteil, sie hat lediglich das Menschenrecht auf Meinungsfreiheit ausgeübt.“, begründet Dagmar Schmidt, Mitglied im Bundestagsausschuss für Auswärtige Angelegenheiten, diesen Schritt. „Frau Aryani hat sich für die Rechte von Frauen im Iran stark gemacht – jetzt braucht sie unsere Solidarität und unsere Unterstützung.“

Yasaman Aryani verteilte am 8. März 2019, dem Internationalen Frauentag, in der Teheraner U-Bahn gemeinsam mit ihrer Mutter Monireh Arabshahi und der Frauenrechtlerin Mojgan Keshavarz Blumen und informierte dabei Frauen über ihre Rechte. Diese Aktion wurde gefilmt und in den sozialen Medien veröffentlicht, woraufhin sie und kurz darauf auch



Yasaman Aryani

ihre Mutter verhaftet wurden. Das Revolutionsgericht in Teheran verurteilte Yasaman Aryani am 31. Juli 2019 zu 16 Jahren Gefängnis. Als Folge des internationalen Drucks verkündete das Berufungsgericht im Februar 2020 eine Verkürzung der Haftstrafe auf neun Jahre und sieben Monate. Yasaman Aryani ist seit dem 13. August 2019 im Evin-Gefängnis in Teheran inhaftiert.

Dort wurde sie während mehrerer Verhöre wiederholt unter Druck gesetzt, ein Geständnis abzulegen. Die Wärter des Evin-Gefängnisses stiften zudem kriminelle, psychisch kranke und drogenabhängige Insassen an, die politischen Gefangenen zu schlagen und auf verschiedene Weise zu misshandeln.

Frauen im Iran sind durch das angewandte islamische Rechts-



Das Evin-Gefängnis in Teheran

system – die Scharia – in fast allen Rechtsbereichen stark benachteiligt. Sie werden systematisch entrechtet. Während sich trotz aller Widernisse immer mehr iranische Frauen emanzipieren, studieren und individuelle Berufswege einschlagen, schließt das klassische islamische Recht eine Gleichberechtigung von Frau und Mann weiterhin kategorisch aus. Die Diskriminierung von Frauen umfasst das Zeugenrecht, das Ehe- und Scheidungsrecht, das Sorgerecht, aber auch das Strafrecht. Im Strafrecht gilt sogar das so-



**Dagmar Schmidt ist seit 2013 Mitglied im Deutschen Bundestag.** Dort ist sie im Ausschuss für Arbeit und Soziales und stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss und im Auswärtigen Ausschuss. Sie ist zudem Vorsitzende der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe. Seit 2013 ist sie Mitglied im Bundesvorstand der SPD, wo sie sich ebenfalls hauptsächlich mit dem Themenbereich Arbeit und Soziales beschäftigt.

nannte „Vergeltungsrecht“: Leben und Gesundheit von Frauen haben demnach nur den halben Wert eines Mannes.

## Respekt und Anerkennung im Alter

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil bringt Gesetz zur Grundrente ein

**Gerade in dieser angespannten Zeit brauchen wir einen verlässlichen Sozialstaat. Die gesetzliche Rente ist für viele Menschen im Alter die Haupteinkommensquelle. Dafür haben sie jahrzehntlang gearbeitet und Beiträge eingezahlt.**

Viele von ihnen haben Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt. Dennoch sind viele im Alter auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen. Das ist ungerecht. Deswegen haben wir als SPD seit zehn Jahren harte Verhandlungen geführt, um die Grundrente einzuführen. Deshalb war es gut, dass wir uns bei den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt haben und die Einführung der Grundrente festgelegt haben. Und deswegen freue ich mich, dass wir die Grundrente am 15. Mai 2020 endlich in das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren einbringen konnten.

### Für wen?

Rund 1,3 Millionen Menschen sollen von der Grundrente profitieren. Anspruch auf die Grundrente soll erhalten, wer:

- mindestens 33 Jahre gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat und
- mindestens 30% (und maximal 80%) des Durchschnittseinkommens aller Erwerbstätigen in Deutschland erzielt hat.

Mit der Grundrente schaffen wir Anerkennung von langjähriger Arbeit, Pflege und Kindererziehung und den Beitragszahlungen in das Solidarsystem der Renten-

versicherung. Wichtig ist, dass diejenigen, die jahrzehntlang aus ihrem Arbeitseinkommen entsprechend eingezahlt haben, eine höhere Rente bekommen, als diejenigen, die nur kurz, sehr wenig oder gar keine Beiträge gezahlt haben. Die Grundrente wird als Zuschlag auf die Altersrente gezahlt. Um die Grundrente in voller Höhe zu bekommen, müssen mindestens 35 Jahre lang Pflichtbeiträge gezahlt worden sein.

### Wie hoch wird die Grundrente sein?

Das lässt sich nur individuell beantworten, denn die Grundrente ist keine Basisrente. Grundsätzlich soll die Grundrente aber über der Grundsicherung liegen. Sie wird anhand sogenannter Entgeltpunkte berechnet, die während des Versicherungslebens erworben wurden und aus denen sich der reguläre Rentenanspruch ergibt. Die gesetzliche Rente wird um einen Grundrentenzuschlag erhöht, wenn die Versicherten mindestens 33 Jahre „Grundrentenzeiten“ vorweisen können – das sind Pflichtbeitragszeiten vor allem aus Beschäftigung, Kindererziehung und Pflegetätigkeit, aber auch Zeiten einer Pflichtversicherung von Selbständigen.

Der Friseur, der 40 Jahre in Vollzeit gearbeitet hat, in der Zeit aber immer unterdurchschnittlich (nur 40% des Durchschnittseinkommens) verdient hat, hätte bisher nur eine Rente von 528 Euro pro Monat. Das ist ungerecht. Über den Grundrentenzuschlag bekommt er 400 Euro zusätzlich, die mo-

natliche Rente würde also auf rund 934 Euro pro Monat ansteigen. Oder die Bauingenieurin, die lange Zeit gut verdient hat, zwischenzeitlich aber arbeitslos war und später für ein geringeres Gehalt gearbeitet hat, käme nach 39 Beitragsjahren beispielsweise auf 746 Euro Rente (brutto). Da sie insgesamt unterdurchschnittlich verdient hat, wird ihr Rentenanspruch aufgewertet, durch den Grundrentenzuschlag von 195 Euro steigt ihre Rente künftig auf 941 Euro. Trotz der Arbeitslosigkeit erfüllt sie die Voraussetzungen von mindestens 33 Jahren Grundrentenzeiten.

### Lebensleistung statt Bedürftigkeit

Die Grundrente ist keine Sozialhilfeleistung. Im Gegenteil: Sie wird durch eigene Arbeitsleistung erworben. Wer die nötigen Zeiten erworben hat und die Voraussetzungen für einen Grundrentenanspruch erfüllt, bekommt sie – genauso wie die Rente – von der Deutschen Rentenversicherung ausgezahlt. Wir haben als SPD-Fraktion deshalb Wert darauf gelegt, dass der Gesetzentwurf keine Bedürftigkeitsprüfung vorsieht. Niemand soll das eigene Haus verkaufen oder das Sparbuch offenlegen müssen. Die Grundrente soll ohne Antrag automatisch ausbezahlt werden.

Für die meisten Rentnerinnen und Rentner ist die gesetzliche Rente das einzige Alterseinkommen. Allerdings gibt es auch gut gestellte Rentnerinnen und Rentner, die daneben zum Beispiel eine Pension, Erträge betrieblicher oder privater Vorsorge, Mieteinnahmen

oder sonstige Absicherungen haben. Die Grundrente soll so zielgenau wie möglich ausgestaltet werden. Deshalb wird es einen Einkommensfreibetrag geben. Der Einkommensfreibetrag sichert, dass Einkommen bis zu 1.250 Euro (Alleinlebende)/1.950 Euro (Paare) nicht auf die Grundrente angerechnet werden. Der Freibetrag wird jährlich angepasst. Liegt das Einkommen über dem Einkommensfreibetrag, wird der darüber liegende Anteil zu 60 Prozent auf die Grundrente angerechnet. Erst ab einem Einkommen von 1.600 Euro (Alleinstehende) bzw. 2.300 Euro (Paare) wird zusätzlich das über diesen Betrag hinausgehende Einkommen vollständig auf die Grundrente angerechnet. Dies soll einfach und bürgerfreundlich über einen automatisierten Datenabgleich mit dem Finanzamt erfolgen.

Um sicherzustellen, dass die Grundrente nicht zum Verlust von Wohngeld oder Grundsicherung führt, sollen auch hier die Freibeträge angepasst werden – denn es



MdB Dagmar Schmidt und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil

wäre ungerecht, wenn die Erhöhung der Rente an anderer Stelle wieder abgezogen wird.

Mit der Einführung der Grundrente treiben wir Sozialdemokraten und Sozialdemokraten eine große Sozialreform voran, die auch dazu beitragen soll, das Vertrauen in das gesetzliche Rentensystem wieder zu stärken. Die SPD-Bundestagsfraktion wird auf eine zügige Beratung des Gesetzesvorhabens im Deutschen Bundestag drängen, damit die Grundrente wie geplant zum 1. Januar 2021 in Kraft treten kann.

## 301

**RISTORANTE • PIZZERIA • BISTRO**

**A. Kacar**  
Inhaber  
Geschäftsführer

**Kirchplatz 2**  
35579 Steindorf  
Telefon 06441 - 204 48 48  
Mobil 0171 - 5 23 12 62



# WETZLAR ist dabei!

Montag, 8. Juni, bis  
Sonntag, 28. Juni 2020



STADT WETZLAR



KLIMAINITIATIVE  
**WETZLAR**  
Wir nehmen Einfluss

Eine Kampagne des



Klima-Bündnis

## Wetzlar sagt JA zum Radfahren

Zeigen wir auch 2020, dass man mit uns Wetzlarer Radfahrerinnen und Radfahrern weiterhin rechnen muss

**Wir bitten Sie darum, die geltenden Regelungen im Rahmen der Coronapandemie einzuhalten und insbesondere auf die Abstandsregeln zu achten. So können Sie auch in diesem Jahr zu einem erfolgreichen Stadtradeln beitragen.**

Der Erfolg aus den letzten Jahren hat gezeigt: Wetzlar sagt JA zum Radfahren. 2019 sind 795 aktive Radfahrende insgesamt 138.731 Kilometer gefahren, damit hat Wetzlar unter den hessischen Kommunen mit einer Bevölkerungszahl

von 50.000-99.999 Einwohnern den vierten Platz belegt. Die Teilnehmer vermieden dadurch den Ausstoß von 19,7 Tonnen Kohlenstoffdioxid (Berechnung basiert auf 142g CO2 pro Personen-km im Vergleich zum PKW).

Diesem Erfolg möchten wir uns auch in diesem Jahr wieder anschließen! Zeigen wir auch 2020, dass man mit uns Wetzlarer Radfahrerinnen und Radfahrern weiterhin rechnen muss. Sprechen Sie Ihre Nachbarschaft, Arbeitskollegen, Familie und Freunde, so-

wie Bekannte an, gründen Sie ein Team und dokumentieren Sie Ihre Radkilometer.

Dabei geht es insbesondere um die kleinen Strecken des Alltags: der eine Kilometer zum Bäcker oder zur Bücherei, die Fahrt zum Wochenmarkt oder die kurze Radtour am Wochenende.

Die Hälfte aller mit dem Auto zurückgelegten Wege ist kürzer als fünf Kilometer – eine ideale Entfernung zum Radfahren. Bereits 7,5 Millionen Tonnen CO2 ließen sich vermeiden, wenn nur ca. 30 %

der Kurzstrecken bis sechs Kilometer in den Innenstädten mit dem Fahrrad statt mit dem Auto gefahren würden. Denn jeder von uns hat eins zu Hause, manche sogar zwei: Das Fahrrad ist ein immer beliebteres Fortbewegungsmittel und hilft gleichermaßen Gesundheit und Umwelt.

Fahrräder stehen nie im Stau, erzeugen weniger Geräusche, nehmen kaum Platz weg, zudem macht Radfahren einfach Spaß und in Innenstädten sind Fahrräder schneller als Autos!

Wir rufen Sie daher gemeinsam dazu auf, beim STADTRADELN 2020 mitzumachen und ein deutliches Zeichen für mehr Radverkehr in Wetzlar zu setzen!

In diesem Sinne wünschen wir viel Spaß beim Stadtradeln

Manfred Wagner,  
Oberbürgermeister

Norbert Kortlüke,  
Umweltdezernent

## Gelungene Baumpflanzaktion

SPD-Ortsverein Steindorf pflanzte 75 Rotbuchen und 75 Weißtannen

**Noch rechtzeitig vor dem Lockdown gelang es dem SPD-Ortsverein Steindorf, seine lang geplante Baumpflanzaktion durchzuführen.**

Über zwanzig Mitbürger versammelten sich an der Hütte des Obst- und Gartenbauvereins, um die 150 Setzlinge in den Boden zu bringen. Hierfür gab es eine Einführung von Revierförster George, der mit zwei

seiner Mitarbeiter die fachkundige Leitung der Aktion vor Ort übernommen hatte. In gut zweistündiger Arbeit konnten so 75 Rotbuchen und 75 Weißtannen bei strahlendem Sonnenschein gepflanzt werden.

Nach getaner Arbeit bedankte sich Ortsvereinsvorsitzender Olaf Körting für den tatkräftigen Einsatz bei allen Beteiligten und

konnte berichten, dass die im Vorfeld durchgeführte Spendenaktion zur Finanzierung der Setzlinge und des für die Weißtannen erforderlichen Bisschutzes äußerst erfolgreich verlaufen war. Auf diese Weise konnten die Kosten der Pflanzung zu einem großen Teil durch Unterstützung aus der Bevölkerung gedeckt werden. „Hier zeigt sich, dass vielen Menschen der Erhalt ihrer Heimat wirklich etwas wert ist“, resümierte er und bedankte sich auch für die finanzielle Unterstützung, die zum Gelingen der Aktion beigetragen habe. Für die Zukunft plane man, ermutigt durch die positive Resonanz, weitere Aktionen dieser Art in Zusammenarbeit mit der Revierförsterei, so Körting.

Bei Pizza, Getränken und anregenden Gesprächen klang die Aktion in gemütlicher Runde aus.



Eine Attraktion für jung und alt: Die Steindorfer Baumpflanzaktion



Mit Freude packten alle Beteiligten an



Revierförster George



Bei strahlendem Sonnenschein ging es ans Werk



**Autowaschzentrum Wetzlar**  
Alte Straße zwischen Expert und McDonalds

Die TOP-Adresse für Ihre Autowäsche

**NEU!!**  
Kunststoffband  
Ab sofort für alle Größen!

Bei Vorlage dieser Anzeige erhalten Sie auf jeden Tarif **1,50 Euro Rabatt!**

Reifengummihöhe:  
35 mm  
40 mm  
45 mm



# Gesundheit ist keine Ware, sondern Menschenrecht

Stephan Aurand: Dafür steht die SPD in Wetzlar und an Lahn und Dill

**Die schwierige Pandemiesituation hält uns Alle in Atem, aber es hat sich gezeigt: Unser Gesundheitswesen meistert bisher die große Bewährungsprobe hervorragend!**

Besonderer Dank gilt den Menschen, die mit ihrer Arbeit unermüdlich für unsere Gesundheit kämpfen: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Krankenhäusern, Altenheimen, ambulanten Pflegediensten, Arztpraxen, Apotheken, Forschungslaboren und Gesundheitsämtern, um nur die wichtigsten Säulen zu nennen. **Ein großartiger Einsatz mit riesigem persönlichem Engagement! DANKE!**

Diese Wertschätzung muß sich auch in einer entsprechenden Bezahlung ausdrücken, leere Worte allein reichen nicht aus.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns seit vielen Jahren dafür ein, dass unsere Kreiskliniken nicht privatisiert werden, sondern in kommunaler Verantwortung wertvolle Medizin in vertrauter Umgebung anbieten. Statt private Profite auszuschütten, kommen die guten wirtschaftlichen Ergebnisse den Menschen an Lahn und Dill zugute!

**Unsere Kliniken leiden an der Unterfinanzierung durch das Land Hessen.**

Nach dem Krankenhausgesetz muß das Land für die Investitionen sorgen, die bei uns und im ganzen Land fehlen, z.B. 4,2 Millionen Euro nicht geförderter Abschreibungen. So entgehen unserer Klinik jedes Jahr Millionen Euro!

Das Land versagt bei der dauerhaften Krankenhausfinanzierung.

Es wird Zeit, auch hier wieder mehr soziale Gerechtigkeit einzufordern!

**Mit neuen Ideen sorgen wir für die Zukunft:**

Mit dem „Landarztnetz“ entstand in enger Verbindung mit den niedergelassenen örtlichen Ärztinnen und Ärzten und dem Klinikum eine Einrichtung, die bisher vier Praxen übernommen hat, Hausärzte, die sonst verschwunden wären mit schlimmen Folgen für unsere Bürgerinnen und Bürger!

Auch jetzt in dieser Herausforderung des Coronavirus stehen wir zusammen und der medizinische Erfolg gibt uns Recht:

**Gesundheit ist keine Ware, sondern Menschenrecht!**

Dafür steht die SPD in Wetzlar und an Lahn und Dill.



Das Klinikum Wetzlar mit dem Medicenter

Fotos: Heiner Jung

## Sprache macht!

Cirsten Kunz: In der geschlechterneutralen Sprache muss die CDU Lahn-Dill noch viel lernen

**Sprache ist mächtig. Was Worte machen können – das scheint nicht jedem Mitglied des Kreistags im Lahn-Dill-Kreis klar zu sein. Vielleicht ist es ihnen aber auch schlichtweg egal.**

Ihnen geht es darum, den Status Quo zu erhalten. Denn sie – die, an die ich gerade denke – sitzen auf der Sonnenseite. In ihrem eigenen Verständnis sehen sie wohl beinahe schon ihre Grundrechte bedroht, wenn ich darum bitte, dass sie eben nicht nur von Ärzten sprechen sollen, sondern auch von Ärztinnen.

Aber von vorne: es begann alles mit einer Dankesresolution, die die CDU in den Kreistag des Lahn-Dill-Kreises eingebracht hat. Man

wollte all denen Danke sagen, „die bei der Bewältigung der Corona-Krise an vorderster Stelle standen und stehen. Um zu unterstreichen, wen man meint, nennt man einzelne Berufsgruppen: Ärzte, Schwestern, Pfleger,... Mitarbeiter unserer Sicherheitsinfrastruktur, gleich ob Polizei,...LKW-Fahrern ebenso wie Busfahrern... Metzgern,... Müllfahrern,... Mitarbeitern in den Ministerien, den Verwaltungen... allen Bürgerinnen und Bürgern, die in dieser Zeit Disziplin an den Tag legen...“. Die Aufzählung ist lang und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, so ließ die CDU bei Einbringung verlauten.

Frauen kommen in der langen Aufzählung nur zwei Mal vor: als „Schwestern“ und als „Bürgerin-

nen“. Vielleicht weil „Ärztinnen und Schwestern“ so gut zueinander passen, vielleicht weil es sich sogar schon bei der CDU eingebürgert hat, von „Bürgerinnen und Bürgern“ zu sprechen – genauso wie von „Wählerinnen und Wählern“. Vielleicht für den Fall, dass doch etwas dran sein könnte, dass sich Frauen nur dann angesprochen fühlen, wenn man sie anspricht. Da möchte man bei Wahlen wohl auf Nummer sicher gehen.

Abgesehen vom Gefühl: es gibt Studien, die belegen, dass sich Mädchen besser vorstellen können Astronautin zu werden, wenn sie von Astronautinnen und Astronauten hören, anstatt vom typischen Astronauten. Jungen ergeht es mit typischen Frauenberufen

genauso. So sind viele Jungs übrigens verblüfft, wenn man ihnen sagt, dass auch Männer Kanzler werden können – weil das männliche Vorbild fehlt. Das Bewusstsein für eine geschlechterneutrale Gesellschaft kommt nicht von alleine. Wir werden es herbeireden müssen. Eine geschlechterneutrale Gesellschaft nimmt niemandem etwas weg: sie öffnet Kindern Türen abseits von Klischees. Sprache ist Macht. Wir sollten sie gut und sinnvoll nutzen.

Und wem es zu viel ist „Ärztinnen und Ärzte“ zu sagen, der soll sich doch zukünftig gerne allgemein etwas kürzer fassen. Auch ohne geschlechterneutrale Sprache überzog man bei der Einbringung der Resolution die Redezeit-



Fraktionsvorsitzende der SPD im Kreistag, Cirsten Kunz

Fotos: Heiner Jung

begrenzung, die der Kreistag kürzlich auf zehn Minuten pro Beitrag festgesetzt hat.

## Breitbandausbau ist im Lahn-Dill-Kreis Chefsache

Mit großen Schritten zum Vollausbau!

**Wer in schwierigen Zeiten im Home Office arbeitet, an Video-Konferenzen teilnimmt, mit Home Schooling lernen muss, sich per Streaming unterhalten lässt oder per Gaming spielt, ist auf ein leistungsfähiges und stabiles Netz angewiesen.**

Da hat sich in den letzten Jahren im Lahn-Dill-Kreis und insbesondere auch bei uns in Wetzlar einiges getan, stellte Oberbürgermeister Manfred Wagner fest. Und, dass diese Erfolgsgeschichte fortgeschrieben werden kann, dafür steht Landrat Wolfgang Schuster, der dieses für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes an Lahn und Dill wichtige Vorhaben bereits vor mehr als zehn Jahren zur Chefsache erklärt hat. Schließlich rangiert der Lahn-Dill-Kreis derzeit auf unter 401 Regionen in Deutschland auf Platz 114. Und in absehbarer Zeit könnten weitere Plätze gut gemacht werden.

So hat der Kreistag vor einigen

Tagen 3,3 Millionen Euro für ein G-Projekt freigegeben und diese Zeitung hat sich bei der kommunalen Arbeitsgemeinschaft „Lahn-dill-breitband“ erkundigt, was dahintersteckt.

**Hermann Steubing von der Steuerungsgruppe berichtet:**

Seit 2014 hat der Breitbandausbau im Kreis mit dem Ausbauprojekt (A-Projekt) richtig Fahrt aufgenommen. Bis 2017 konnten gemeinsam mit dem Ausbaupartner Telekom über 95% alle Haushalte mit Datengeschwindigkeiten größer 30 Mbit/s versorgt werden. Zusätzliche technische Kniffe lassen es mittlerweile zu, dass selbst auf den teilweise noch genutzten Kupferleitungen bis zu 250 Mbit/s möglich sind. Das betrifft Wetzlar mit seinen Stadtteilen ganz besonders.

Die verbliebenen „weißen Flecken“ wurden im noch laufenden Erweiterungsprojekt (E-Projekt) von 2018 bis heute beseitigt.

Um die aktuellen Fördersyste-

me des Bundes und des Landes zu nutzen, hatten die Städte und Gemeinden mit dem Kreis vereinbart, die schwach versorgten Unternehmen im Kreis mit Glasfaseranschlüssen auszubauen. Das Gewerbeprojekt (G-Projekt) wird ca. 26 Millionen Euro kosten. Die nach Abzug der Zuschüsse verbleibenden 3,3 Millionen Euro als kommunaler Anteil will der Kreis nun vollständig übernehmen und damit die Kommunen entlasten.

In Wetzlar sollen mit 53 Kilometer Tiefbau knapp 1.900 gewerbliche Hausanschlüsse in 16 Gewerbegebieten an das Gigabit-Netz angebunden werden. Bei Kosten von rund 2,5 Millionen Euro wären etwa 13 Prozent davon an der Stadtkasse hängen geblieben.

Parallel zu dem G-Projekt läuft aktuell noch ein Planungsprojekt (P-Projekt), bei dem für alle Orts- und Stadtteile im Kreis die Glasfaserleitungen bis in alle Häuser geplant werden. Das wird die Ba-

*Eine große Hilfe für Home Office, Home Schooling und Video-Konferenzen in der Corona-Krise: ein gut ausgebautes Breitbandnetz*



Fotos: 123RF

sis sein für den nächsten großen Ausbauschritt. Mit dem Vollausbauprojekt (V-Projekt) werden im Lahn-Dill-Kreis die Glasfaserleitungen das Kupfer in der Erde ersetzen. Am Ende des Weges werden dann in den Breitbandausbau im Lahn-Dill-Kreis fast 250 Millionen Euro investiert worden sein.

Dieses Projekt zeigt, so Wetzlars Oberbürgermeister, wie wichtig auch gute Rahmenbedingungen sind, die auf der Bundesebene

geschaffen werden und für die sich auch unsere heimische Bundestagsabgeordnete Dagmar Schmidt massiv eingesetzt hat. Ein engagierter Landrat und eine nicht minder für die Region eintretende Bundestagsabgeordnete haben dafür gesorgt, dass der Bund in die Breitbanderschließung der Gewerbeflächen im gesamten Landkreis rund 12,5 Millionen Euro investiert hat. Ein Ergebnis, das sich mehr als sehen lassen kann!

BÖKELS KOLUMNE

Gerhard Bökel über soziale Medien und die Unterhosen der Franzosen

Es ist alle drei Monate das Gleiche: Heiner Jung, die treibende Kraft hinter dieser Zeitung, fragt an, ob ich wieder eine Kolumne schreiben kann. Im Prinzip ja, geht mir dann durch den Kopf und dennoch frage ich mich regelmäßig, ob die alten Geschichten aus meinem langen Politiker-Leben wirklich noch für die geneigten, vor allem die jüngeren Leserinnen und Leser interessant sein können. Heiner meinte, ich könnte ja mal erzählen, wie die Corona-Krise in unserem Nachbarland bewältigt wird. Doch: ich bin noch in Frankfurt, vor Corona war ich hier und dann war die Grenze zu.



So bin ich erst mal hier im Hessischen geblieben, wo es sich ja auch gut leben lässt. Und ich habe Dinge erledigt, die lange liegengeblieben sind. Von Freunden weiß ich, dass ihr Garten schon lange nicht mehr so schön hergerichtet oder der Keller selten so ordentlich aufgeräumt war. Bei mir war's weder das eine noch das andere, sondern ich habe Kartons mit alten Akten, Zeitungen, Notizbüchern durchstöbert – in dem festen Willen, endlich Vieles wegzwerfen – was nur bedingt gelungen ist.



Dabei fand ich Artikel, die ich 1970 als junger Reporter der „Frankfurter Rundschau“ über den Streik von 3.800 Lehramtsstudenten der Uni in Gießen geschrieben habe. Zielscheiben des Streiks waren die Hochschulleitung und die Reformpolitik des SPD-Kultusministers Ludwig von Friedeburg. Kaum waren meine Berichte erschienen, solidarisierten sich die Gießener Jungsozialisten mit den streikenden Studenten und ge-

belten auf Flugblättern die „reaktionäre und lügenhafte Berichterstattung der Marionette G. Bökel und seiner Drahtzieher.“



Fünzig Jahre ist das her und ich schreibe seit Ewigkeiten nicht mehr für die FR sondern diese Kolumne. Aber auch zwei Unterzeichner der Juso- Protest-Flugblätter sind heute noch in der mittelhessischen Kommunalpolitik aktiv: Karl-Heinz Funck – von Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU)° mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet – ist seit Jahren Kreistagsvorsitzender in Gießen. Und Betty Eglar, die Wetzlarer Rechtsanwältin, ist stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Kreistag des Lahn-Dill-Kreises. Eigentlich sollte ich mich mit den beiden, für die ich seinerzeit das „schwarze Schaf in einer rosa Redaktion“ war, jetzt mal auf ein Bier treffen. Wir haben schließlich etwas gemeinsam: mehr als 50 Jahre der SPD treu geblieben. Keine Selbstverständlichkeit.



Natürlich habe ich in den letzten Wochen coronabedingt nicht nur in den Dokumenten der Vergangenheit gewühlt. Immer noch Anfänger auf diesem Gebiet, habe ich mich in den sozialen Netzwerken versucht und mein mir sonst selbst verordnetes Zeitlimit (2x10 Minuten täglich) bei Facebook häufig überschritten. Schnell habe ich gemerkt, dass ich damit nicht der einzige war. Und so war es interessant mitzubekommen, mit was man sich so alles die Zeit vertreiben und woran man die Welt teilhaben lassen kann. Ich hätte ohne Facebook auch nicht gesehen, wie in Atzbach, dem Ort meiner beruflichen und politischen Anfänge, wie in jedem Jahr die Störche für Nachwuchs sorgen. Und ich hätte auch nicht die tollen Fotos von Stadtkämmerer Jörg Kratkey vom



Wolfgang Schuster auf Facebook

105. Geburtstag seiner Oma Wilhelmine „Mini“ gesehen. Keine weltbewegenden, aber doch schöne Informationen.



Aber da sind auch die unzähligen informativen Nachrichten und Videos zu Politik und Gesellschaft. So der Video-Appell der heimischen Bundestagsabgeordneten Dagmar Schmidt „Für Toleranz und Respekt statt Hass und Hetze.“ Immer aktuell auch die Videobotschaften unseres Landrats Wolfgang Schuster zur aktuellen (Corona-) Lage. Und so habe ich gelernt: es lohnt sich in die Schlangengrube der sozialen Netzwerke zu begeben – vorausgesetzt, man verplempert damit nicht zu viel Zeit. Und ich bleibe optimistisch: sie werden auch künftig die Tageszeitungen oder das gedruckte Buch nicht ersetzen. Apropos Buch: unser Landtagsabgeordneter Stephan Grüger ist Mitautor eines gerade erschienenen Buches über den sozialdemokratischen Theoretiker und Politiker Eduard Bernstein. Auch das habe ich über Facebook erfahren.



„Eingesperrt“ in den eigenen vier Wänden haben viele dies offenbar auch genutzt um über die sozialen Medien mit Menschen Kontakt aufzunehmen, mit denen sie

irgendwann einmal etwas zu tun hatten. So meldete sich bei mir ein ehemaliger Klassenkamerad und fragte, ob ich mich noch an ihn erinnere. Kann ich, waren wir doch ganze 23 Schüler – nicht etwa in der Klasse, sondern in der ganzen Volksschule! Und da ich gerade aufgeräumt hatte, fand ich auch gleich ein passendes Foto aus dem Jahr 1958: Die Schüler von der 1. bis 8. Klasse mit dem Lehrer, alle zusammen in einem Raum, wie das halt war im nordhessischen Hornel mit seinen 120 Einwohnern.



Völlig unverhofft kam auch eine Anfrage eines jungen Polen namens Adam W. Er wollte wissen, ob ich ihm die Adresse einer Familie aus dem Lahn-Dill-Kreis besorgen könne, ich sei doch „damals“ Landrat gewesen. Zum Hintergrund: im August 1989 war er einer von mehreren hundert Kindern aus Polen, die wir zu Erholungsurlauben in unseren Kreis eingeladen hatten. Die meisten wurden in Familien untergebracht. Nach kurzer Recherche habe ich jetzt die aktuelle Adresse der Familie gefunden und sie in Breitscheid angerufen. Sie war ganz gerührt zu erfahren, dass sich Adam bei ihr noch einmal bedanken und ein Foto seiner jungen Familie schicken will. 31 Jahre danach.



Zu einer der polnischen Betreuerinnen, Marta M., habe ich auch noch regelmäßigen Kontakt, vor ein paar Jahren habe ich sie besucht. Und letztes Jahr war der langjährige Chef des Kreisgesundheitsamtes, Dr. Helmut Schulz, bei ihr und ihrer Familie in Krakau. Von ihm wusste ich, dass er „nur mal so, aus Interesse“ polnisch lernt. Rasch war der Kontakt mit Marta hergestellt. Lebendige Völkerfreundschaft. Und alles begann mit den Kindern im Kreis.



Gerhard Bökel war seit 1978 Landtagsabgeordneter für Wetzlar, Landrat des Lahn-Dill-Kreises und später Innen- und Landwirtschaftsminister. Lebt in Frankfurt und in der Nähe von Avignon.



Und zum Abschluss noch ein Griff in meine Sammelmappe „Heiteres & Kurioses“. Auch in Frankreich werden zu allen wichtigen und unwichtigen Dingen Umfragen durchgeführt, so auch zu Fragen der Hygiene. So wissen wir jetzt, dass sich 75 Prozent der Franzosen jeden Tag „komplett“ waschen, soll wohl heißen: sie duschen täglich. Und dann erfahren wir, dass 94 % der Französinen täglich den Slip wechseln. Bei den Männern sind das nur 75 %. Und jetzt wird's auch noch politisch: von den Wählern, die bei der letzten Präsidentschaftswahl den konservativen François Fillon gewählt haben, wechseln nur 56 % täglich den Slip, während es bei den Wählern des Sozialisten Benoit Hamon 87 % sind. Da liegen ja Welten dazwischen, interpretieren werde ich das jetzt nicht. Gewonnen haben beide nicht. Wie es die Wähler des siegreichen Emmanuel Macron mit den Unterhosen halten, wurde von dem renommierten Ifo – Institut offenbar nicht abgefragt. Schade.



Fotos: I23RF

Lahninsel-Sportgelände wird modernisiert

Tatkräftige Mitarbeit des TUS Naunheim bei den vorbereitenden Arbeiten

Mit einer Bewässerungsanlage, einer Einzäunung und umfangreichen Sanierungsarbeiten am Rasen wird die Sportanlage des TuS Naunheim auf der Lahninsel bis zum Sommer aufgewertet.

Der Zaun, der auf insgesamt 570 Meter Länge das komplette Vereinsgelände sowie den Parkplatz umzäunen wird, ist zwei Meter hoch und soll vor Einbrüchen und Sachbeschädigung schützen. Teile der Sportfläche wurden in der Vergangenheit oftmals als Hundewiese, Grill- oder Spielplatz genutzt. Der Rasenplatz war darüber hinaus in einem schlechten Zustand, da Kaninchen immer wieder Löcher in das Spielfeld gebuddelt haben. Um dies künftig zu verhindern, wird der Zaun 40 Zentimeter tief in den Boden eingesetzt. Diese

Arbeiten sollen bereits im Mai abgeschlossen sein. Anschließend wird bis zum Juli der Rasenplatz nicht nur neu eingesät, saniert und mit einer Bewässerungsanlage ausgestattet, sondern auch auf 95x60 Meter verkleinert und um rund 16 Meter an das Sportheim herangerückt. Bis zum Saisonbeginn im August soll auch das Kleinfeld neben dem Sportheim saniert werden. Die Gesamtkosten dieser Maßnahmen, die wegen der Corona-Zwangspause um einige Wochen vorgezogen wurden, belaufen sich auf rund 120.000 Euro. „Wir können die Anlage aufwerten und endlich auch schützen“, sagte Ortsvorsteherin Andrea Volk. Oberbürgermeister Manfred Wagner bedankte sich beim TuS für seine tatkräftige Mitarbeit bei den vorbereitenden

Arbeiten, mit dem auch die Platzmaße in Kooperation abgestimmt

worden sind, und freute sich darüber, dass die Anlage des TuS ab

dem Sommer „für viele viele Jahre gut in Schuss“ sein wird.



Bild von links: TuS-Vorstand Mike Best, Sascha Ebener, Geschäftsführer der Firma Kräuter-Metallbau, TuS-Vorsitzender Alfred Sigl, OB Manfred Wagner, Sportamtsleiter Wendelin Müller, Ortsvorsteherin Andrea Volk und Sportamtsmitarbeiter Sven Lehne

Fotos: Stadt Wetzlar

# Neues Kreishaus soll zeitnah gebaut werden

Der Sparkassenrundbau am Buderusplatz prägt das Bild der Wetzlarer Innenstadt seit den 1950er Jahren

**Oberbürgermeister Manfred Wagner freut sich über den Neubau dieses stadtbildprägenden Gebäudes. „Es ergänzt hervorragend die Aktivitäten der Stadt zur Aufwertung des Quartiers rund um die Bahnhofstraße“, so Manfred Wagner.**

„Die Abriss- und die darauffolgenden Bauarbeiten des Neubaus der Kreisverwaltung und des Parkhauses für unsere Mitarbeitenden sollten zeitnah beginnen. Der Bau des Parkhauses ist Teil eines Vertrages mit der Stadt Wetzlar, den wir zu erfüllen haben“, macht Landrat Wolfgang Schuster deutlich.

Nun warte er auf die Abstimmung des Kreistages. Die Kosten haben sich nämlich erhöht. „Die Gründe der Kostenerhöhung waren nicht in diesem Ausmaß vorhersehbar. Natürlich muss darüber abgestimmt werden. Zeitdruck kommt zusätzlich durch die aktuelle Pandemie. Die Industrie erleidet derzeit massive Einbrüche. Die Corona-Krise wird auch das Bauhauptgewerbe erreichen. Auch vor diesem Hintergrund sollten die notwendigen Investitionen zeitnah umgesetzt werden“, betont der Landrat mit Blick auf die anstehenden Abrissarbeiten des Sparkassenrundbaus am Buderusplatz in Wetzlar sowie des direkt angrenzenden alten Verwaltungsgebäudes am Karl-Kellner-Ring.

Entstehen sollen auf der Fläche in der Wetzlarer Innenstadt ein neues Bürogebäude für Mitarbeitende der Kreisverwaltung sowie ein Parkhaus mit 220 Stellplätzen.

Das Abriss- und Neubauprojekt wurde vom Kreistag bereits im November 2017 beschlossen. Aktuelle Berechnungen haben nun ergeben, dass sich die Kosten um rund 3,6 Millionen erhöhen werden. Damit beträgt die Investitionssumme inklusive der Ingenieur-Leistungen 16,1 Millionen Euro, anstelle der damals in einer Machbarkeitsstudie kalkulierten 12,5 Millionen Euro. „Der Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises hat der Erhöhung der Kosten bereits einstimmig zugestimmt. Nun warten wir auf die Entscheidung des Kreista-

ges am 18. Mai 2020“, so Schuster.

Neben der wirtschaftlich zu bedenkenden Faktoren im Zuge der Corona-Krise, ist der Bau des Parkhauses außerdem dringend erforderlich, da er Teil eines Vertrages ist. Die hier geplanten 220 Stellplätze für die Mitarbeitenden der Kreisverwaltung sind durch Bestimmungen der Stadt Wetzlar vorgegeben und Bestandteil der Baugenehmigung des Neubaus Gebäude D am Karl-Kellner-Ring in Wetzlar, das ab Dezember 2015 in Betrieb genommen wurde. Platz gemacht werden könne laut Schuster zügig: Die Abrissgenehmigung für das alte, an den Sparkassenrundbau grenzende Verwaltungsgebäude, liegt vor.

**Notwendige Planungsänderungen haben Erhöhung der Kosten verursacht**

Die wesentlichen Gründe der Kostenerhöhung gegenüber den ersten Schätzungen und Annahmen der Machbarkeitsstudie von 2017 sind die notwendigen Änderungen im Bereich der Gründung bzw. Fundamentierung, die allgemeine Kostenentwicklung im Baugewerbe sowie ergänzende erforderliche Maßnahmen zur Freianlagengestaltung und Nutzung einer Projektsteuerung. „Die Erhöhung der Kosten hat sich im Laufe der Planungsanpassungen abgezeichnet.

Das gab Anlass, mehrere Planungsvarianten und verschiedene Optimierungsmöglichkeiten durchzuspielen. Letztendlich ist man bei einer Gesamtkostenberechnung von 16,1 Millionen Euro angelangt“, sagt Landrat Wolfgang Schuster.

In der Machbarkeitsstudie ist man davon ausgegangen, dass die vorhandenen Fundamente weiterhin verwendet werden können. „Die mittlerweile durchgeführten Bodengrunduntersuchungen haben deutlich gemacht, dass nur Teile des Fundaments mit in die neuen Planungen einfließen können.

Dabei geht es insbesondere um die Statik. Tragfähiger Baugrund ist



So wird der neue Rundbau einmal aussehen

laut Untersuchung erst in 13 bis 18 Metern Tiefe vorhanden“, erklärt Wolfgang Schuster. Dies erfordere eine komplett neue Gründung in Verbindung mit Arbeiten im sogenannten Spezialtiefbau. Das wiederum bringe weitere Herausforderungen mit sich: Das betroffene Grundstück wird unterirdisch vom Lahn-Dill-Verbindungskanal gequert.

Neben den vorgenannten Gründen, die im Zuge der Machbarkeitsstudie nicht vorhersehbar waren, hat sich die Kostensituation im Baugewerbe verändert. Seit der Machbarkeitsstudie ist es dort zu einer Steigerung der Baukosten von rund 20 bis 25 % seit 2017 gekommen. Nach Angaben des statistischen Bundesamtes beträgt die Kostensteigerung allein vom 1.1.2018 bis zum 30.9.2019 19,3 %.

Die Machbarkeitsstudie hat die Gestaltung der Freianlagen noch nicht berücksichtigt. Diese Kosten fließen nun in die neuen Berechnungen ein.

Hinzu kommen außerdem die Kosten für eine Projektsteuerung, um die Komplexität der gesamten Baumaßnahme durch eine zentrale Stelle koordinieren zu lassen.

**Enge Zusammenarbeit von Kreis und Stadt**

Der Sparkassenrundbau am Buderusplatz prägt das Bild der Wetzlarer Innenstadt seit den 1950er Jahren. Er ist von besonderer städtebaulicher Bedeutung. „Die bisherigen und weiteren Planungen zum Neubau des Rundbaus liefen und laufen stets in enger Abstimmung mit der Stadt Wetzlar“, unterstreicht Wolfgang Schuster. Das Gesamtkonzept, bestehend aus dem

Erweiterungsneubau als Rundbau sowie dem Neubau des angrenzenden Parkhauses, beinhaltet eine architektonisch einheitliche Bebauung in der Wetzlarer Innenstadt. „Der gesamte Neubau kann die stadtbildprägende Innenstadtlage um den Buderusplatz erheblich aufwerten“, fasst der Landrat zusammen. „Außerdem kann das Bauhauptgewerbe gerade jetzt in der Corona-Krise von den Investitionen profitieren.“

Der Sparkassenrundbau am Buderusplatz



## Corona-Hilfe

Stadt unterstützt die heimische Gastronomie

**Nicht nur nach Ansicht von Wetzlars Oberbürgermeister Manfred Wagner tragen die heimischen Gastronomiebetriebe mit ihren vielfältigen Angeboten an Speisen und Getränken und in den Sommermonaten zudem mit ihrer Außenbewirtschaftung ganz maßgeblich zur Attraktivität der Stadt bei. Und in Zeiten der Pandemie haben es die Cafétreiber, Eisdielen und Gastronomiebetriebe besonders schwer.**

Um neben den bereits eröffneten Regelungen zur Erleichterung bei der Zahlung kommunaler Steuern und der prinzipiell für Gewerbetreibende bestehenden Möglichkeit, auch staatliche Hilfen in Anspruch zu nehmen, wird die Stadt

Wetzlar im laufenden Jahr keine Gebühren und Pachtzinsen für die für die Außengastronomie genutzten Flächen erheben.

„Zudem wollen wir“, so der Oberbürgermeister, „dort wo wir Rettungswege sowie die Ver- und Entsorgung nicht einschränken, der Gastronomie weitere öffentliche Flächen anbieten, um auf diese Weise und unter Beachtung der geltenden Abstandsregeln die Zahl der möglichen Sitzplätze zur Bewirtung von Gästen zu erweitern. Das sind zwar nicht allzu große, aber sicherlich doch wahrnehmbare Beiträge, um unseren engagierten Gastronomen, Cafétreibern und Eisdielen ein wenig unter die Arme zu greifen.“



Flexiblere Außenbewirtschaftung auf dem Domplatz

# SPD Fraktion stellt mit ihren Koalitionspartnern – den FW und Bündnis 90/Die Grünen – Anträge an den Magistrat

Anzeige

Rathauskoalition zieht an einem Strang – weitblickend, sozial und nachhaltig

**Endlich wurde am 27.05.2020 der Antrag zur Sicherstellung der verkehrlichen Erreichbarkeit der Stadt in Zeiten der Umbaumaßnahmen der B 49 auf den Weg gebracht.**

Viele tausend Bürgerinnen und Bürger haben sich Anfang Mai online über die Ergebnisse von Hesen Mobil zu den Varianten informiert, die nach dem Wegfall der Hochstraße zur Entscheidung des Bundes anstehen.

Fakt ist, ab 2028 ist, die durchziehende Hochstraße B 49 Wetzlar nicht mehr in dieser Weise nutzbar. Die von der Stadtverordnetenversammlung bevorzugte Tunnellösung zur Umfahrung der B 49 würde 7 Jahre Bauzeit in Anspruch nehmen. Die anderen Umformvarianten dauern zwischen 5-8 Jahren. Folglich wird es zu Beeinträchtigungen der Erreichbarkeit und Querung der Stadt über viele Jahre kommen.

**Mit dem Antrag der Rathauskoalition soll die Erreichbarkeit zu Schul- und Studienstandorten, sowie Arbeitsstätten, Unternehmen, Einzelhandel und Begegnungs- und Erlebnisräumen gesichert werden.**

Der Magistrat ist aufgefordert

sich fachkundige Expertise für diese schwierige Aufgabe einzuholen. Ebenso sollen alle Fachämter, die hinsichtlich Mobilität in der Stadt tätig sind, aktiv an den Planungen beteiligt werden. Immer unter der Prämisse, die Stadt hinsichtlich Mobilität attraktiv, ökologisch und zukunftssicher zu gestalten.

Wie in den Ausschussberatungen zeigten CDU und FDP sich skeptisch gegenüber dem Antrag. Das Thema wäre zu früh und man müsse noch nicht tätig werden. Herausforderungen und Probleme nicht wahrhaben zu wollen, ist keine gute Option die Zukunft zu gestalten.

**Ebenfalls am 27.05.2020 brachte die Rathauskoalition im Notausschuss den Antrag ein, die Aufenthaltsqualität am Bahnhofsvorplatz zu verbessern.**

Dieser Antrag hatte besondere Dringlichkeit, weil es am Bahnhofsvorplatz immer wieder passiert, dass die vorgeschriebenen Mindestabstände und Kontaktverbote, in der Corona-Pandemie Zeit, zwischen Personen nicht eingehalten werden. Durch aufsuchende Sozialarbeit oder ähnliche Maßnahmen soll die gesundheitliche und soziale Situation sich dort verbessern.



Foto: Heiner Jung

Die Hochstraße quer durch Wetzlar

Insbesondere für bildungs- und sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche leisten niedrigschwellige, sozialraumorientierte Angebote einen wichtigen Beitrag zum Erlernen und Erproben von alltäglichen Handlungs- und Sozialkompetenzen.

Der Magistrat wird ein Konzept erstellen und in naher Zukunft wird eine sozialpädagogische Fachkraft sich der Problematik annehmen.

Der gemeinsame Prüfungsauf-

trag von SPD, FW und Bündnis 90/Die Grünen zur Erstellung eines Katasters für „Gründächer- und Entsiegelung“ wurde am 27.05. auf Grund der fortgeschrittenen Zeit der Sitzung und eines großen Diskussionsbedarf verschoben. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

**Wir alle erleben die Klimaveränderungen und es müssen viele Maßnahmen ergriffen werden, um den Klimawandel anzugehen.**

Gründächer gehören zu solchen Maßnahmen, da sie einen wichtigen Beitrag leisten für den Klima-, Hochwasser- und Naturschutz. Das Mikro- und Stadtklima kann verbessert werden, Niederschlagswasser kann zurückgehalten werden und die Biodiversität wird gefördert. Eigentümer und Investoren könnten dieses Kataster nutzen und ein Förderprogramm Anreize schaffen, nachhaltige Dächer zu schaffen.



Foto: Heiner Jung

Verkehrsknotenpunkt Buderusplatz



Foto: 123RF

Begrüntes Dach einer öffentlichen Stadtbibliothek

## Nicht nur Corona – Neubau der Theodor-Heuss-Schule startet

Investition von rund 32 Millionen Euro stärkt den Bildungsstandort Wetzlar

**Anfang der Woche wurden die Arbeiten zum Neubau der Theodor-Heuss-Schule in der Wetzlarer Sportparkstraße aufgenommen.**

Was vor einigen Wochen eine Meldung aus dem Tagesgeschäft gewesen wäre, stellt in Zeiten von Corona eine besondere Nachricht dar.

So entsteht in dem Bereich der ehemaligen Spilburg-Kaserne in der Trägerschaft des Lahn-Dill-Kreises der Neubau der Theodor-Heuss-Schule, die bisher in einem gemeinsamen Komplex mit der Käthe-Kollwitz- und der Goethe-Schule untergebrachten Bil-

dungsstätte für rund 1.900 Schülerinnen und Schüler und ca. 130 Lehrkräften.

Ich freue mich sehr, so Wetzlar Oberbürgermeister Manfred Wagner, dass dieses Projekt, das lange in der Diskussion stand, jetzt in Angriff genommen werden kann. Mit einer Investition von rund 32 Millionen Euro wird ein modernes Schulgebäude in Passivhausstandard errichtet werden, das den Bildungsstandort Wetzlar nachhaltig bestärken wird.

Die Bauarbeiten auf der Spilburg sind in vollem Gang



# Mehr Kinder in die Kitas: Jugendämter schaffen Zwei-Stufen-Plan für Kommunen im Lahn-Dill-Kreis

Ab dem 2. Juni haben mehr Eltern im Lahn-Dill-Kreis die Möglichkeit, ihre Kinder betreuen zu lassen

**Schrittweises Herantasten wahrt Flexibilität in der Anpassung. Neue Landesverordnung zur Kinderbetreuung gilt ab dem 2. Juni 2020**

Wetzlar/Dillenburg/Herborn (ldk): Die Träger der Jugendhilfe im Lahn-Dill-Kreis, das Kreis-Jugendamt und das Jugendamt der Stadt Wetzlar, sind sich einig: Es soll ein kreisweit einheitliches Konzept zur Kinderbetreuung im Lahn-Dill-Kreis geben. Die neue Landesverordnung bildet mit den Hygieneempfehlungen zum Schutz von Kindern und Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen die Grundlage, wie ab dem 2. Juni 2020 mit der Betreuung von Kindern umzugehen ist. Der sogenannte „eingeschränkte Regelbetrieb“ ist in enger Abstimmung zwischen HMSI und den kommunalen Spitzenverbänden vereinbart worden und berücksichtigt die Bedingungen des Infektionsschutzgesetzes.

„Wir standen lange in den Startlöchern, jetzt konnten wir die am Dienstag ergangene Verordnung, auf die wir dringend gewartet haben und die am Mittwoch nachgereichten Hygieneempfehlungen endlich bewerten und an unsere Gegebenheiten und Bedürfnisse in der Region anpassen. Gemeinsam mit der Stadt Wetzlar, die für ihren Bereich Träger der Jugendhilfe ist, haben wir einen Zwei-Stufen-Plan entworfen. Damit stellen wir den Kita-Trägern im Landkreis eine klare Empfehlung zur Verfügung, die ihnen hilft, ihre Verantwortung vor Ort wahrzunehmen“, verkündet Kreis-Sozialdezernent Stephan Aurand am Donnerstag nachmittag. Fest stehe: Ab der kommenden Woche können mehr Kinder in den Kitas im Landkreis betreut werden. „Wir haben einen Plan auf den Weg gebracht, der atmet. Das bedeutet, dass dieser von unseren Trägern angepasst werden kann“, führt Aurand fort. So habe man sich beispielsweise nicht auf eine feste Größe der Gruppen in

den Einrichtungen festgelegt.

Die enge und koordinierte Zusammenarbeit des Landkreises mit seinen 23 Kommunen erweist sich auch beim Thema der Kinderbetreuung als sinnvoll. „Eine einheitliche Regelung gibt Sicherheit. Wir wollen natürlich die Eltern im Landkreis bestmöglich entlasten. Aber auch die Träger der Kitas und die Kindertagespflege benötigen eine gute Struktur, nach der sie mit den Lockerungen in einer Zeit, in der das Virus nach wie vor existent ist sowohl mit Blick auf die zu betreuenden Kinder als auch die Mitarbeitenden im Erziehungsdienst angemessen und verantwortungsbewusst vorgehen können“, unterstreicht der Oberbürgermeister der Stadt Wetzlar, Manfred Wagner. „Dabei war uns auch die fachliche Expertise des Kreisgesundheitsamtes eine wesentliche Orientierung“, fährt Wagner fort.

Landkreis und Kommunen haben sich darauf verständigt, die aktuell festgelegten Regelungen für die Kinderbetreuung zunächst für zwei Wochen, bis zum 16. Juni 2020, gelten zu lassen. Man wolle Schritt für Schritt gehen, eine flexible Handhabung beibehalten und parallel die Entwicklungen im Lahn-Dill-Kreis, aber auch auf Landes- und Bundesebene beobachten.

**Kinderbetreuung im Lahn-Dill-Kreis: Welche Änderungen kommen?**

Mit der zwölften Änderungsverordnung zur Bekämpfung des Corona-Virus des Landes Hessen, die den Städten und Landkreisen neben den Hygieneempfehlungen seit Mitte dieser Woche vorliegt, sind die Rahmenbedingungen bekannt, unter welchen Umständen die weitere Öffnung, die seitens des Landes als eingeschränkter Regelbetrieb der Kitas und Kindertagespflege bezeichnet wurde, ab dem 2. Juni 2020 erfolgen kann.



Schritt für Schritt können wieder mehr Kinder betreut werden - aber bei weitem noch kein Regelbetrieb

**Mehr Kinder können betreut werden: Zwei-Stufen-Plan regelt Ablauf**

Ab dem 2. Juni haben mehr Eltern im Lahn-Dill-Kreis die Möglichkeit ihre Kinder betreuen zu lassen. Die beiden Jugendämter des Kreises und der Stadt Wetzlar haben sich darauf verständigt, die nach der bindenden Festlegung der Verordnung des Landes Hessen noch freien Kita-Plätze nach einem Zwei-Stufen-Plan zu vergeben. Demnach können ab dem 2. Juni im Rahmen der jeweiligen Betreuungskapazitäten vor Ort zu zusätzlich folgende Kinder im Lahn-Dill-Kreis betreut werden:

**Vorschulkinder, also Kinder, die sich im Übergang zur Grundschule befinden**

Sind die Vorschulkinder untergebracht und nach wie vor Plätze frei, können zusätzlich Kinder betreut werden, wenn nur ein Elternteil in einem systemrelevanten Beruf arbeitet und der zweite Elternteil nicht voll berufstätig ist.

Mit Stufe zwei des Plans haben sich die Jugendämter darauf verständigt, die in der neuen Verordnung getroffene Entscheidung (beide Elternteile müssen voll be-

rufstätig sein) flexibel zu handhaben und auch diesen Betroffenen weiterhin eine Betreuung zu ermöglichen.

Da in vielen Einrichtungen aufgrund der Pandemie nicht der gesamte Personalbestand zur Verfügung stehen kann und es gilt, auch mehr Raum für die Kinder zu schaffen – trotz aller Schwierigkeiten Abstandregelungen einzuhalten – wird eine Vollbelegung der Kitas im Landkreis nicht möglich sein. Auch die verschärften Hygienemaßnahmen tragen dazu bei, dass Betreuer und Betreuerinnen zusätzlich mit einem größeren Arbeitsaufkommen zu rechnen haben. Die generelle Größe der Kita-Gruppen soll deshalb weiterhin reduziert bleiben.

Für Kitas im Lahn-Dill-Kreis wurde daraufhin für den Zeitraum vom 2. bis 16. Juni 2020 ein Orientierungsrahmen für die Gruppengrößen vereinbart, der die genannten Einschränkungen bzw. Vorgaben berücksichtigt und sich im Wesentlichen an den fachlichen Einschätzungen der Jugendamtsleitungen auf Landkreistags- und Städtetageebene orientiert. Dennoch wird in einem ersten Schritt eine merkliche Erweiterung der bisherigen

Notbetreuung ermöglicht:

**Regelgruppen: Max. 14 Kinder**  
**Krippengruppen: Max. 10 Kinder**  
**Waldkindergartengruppen: Max. 14 Kinder**

„Uns ist es wichtig, den Trägern diesen Zwei-Stufen-Plan zur guten Orientierung an die Hand zu geben. Auch Eltern können sich auf Grundlage des Plans darauf einstellen, wie es in der kommenden Woche mit der Betreuung im Landkreis weitergeht“, erklärt der Oberbürgermeister der Stadt Wetzlar, Manfred Wagner. Die Jugendhilfeträger im Lahn-Dill-Kreis, das Kreis-Jugendamt sowie das Jugendamt der Stadt Wetzlar, mussten sich innerhalb kürzester Zeit mit den Kommunen abstimmen. „Wir sind zu einem Konsens gekommen“, fasst Frank Inderthal, Sprecher der Bürgermeister des Lahn-Dill-Kreises, zusammen. „Es ist wichtig, Schritt für Schritt vorzugehen, zu beobachten und Erfahrungen zu sammeln. Über mögliche weitere Lockerungen ist somit im 14-tägigen Abstand zu reden. Anpassungen können dann durch flexibel und schnell umgesetzt werden“, fährt er fort.

## Richtfest für den Erweiterungsbau des Hospiz Emmaus

Jetzt kann die Zahl der Gästebetten erweitert werden und es wird Hessens erstes Tageshospiz

**Trotz Corona liegt die Errichtung des Erweiterungsbaus des Hospizes Haus „Emmaus“ in Wetzlar im Zeitplan. Jetzt konnte Richtfest gefeiert werden.**

Seit 15 Jahren besteht die Einrichtung, die in ihrer Geschichte mehr als 1.600 schwerstkranken Menschen durch ihr multiprofessionelles Team auf dem letzten Lebensweg begleitet haben. Viel mehr Menschen haben für eine Aufnahme nachgefragt. Jetzt kann die Zahl der Gästebetten erweitert werden und es wird Hessens erstes Tageshospiz entstehen. Ein wichtiger Meilenstein zur Umsetzung eines ganzheitlichen Hospizkonzeptes.



Zimmermeister Kaps und Frau Wagner vom Haus Emmaus beim Richtspruch für den neuen Anbau



**ACCESS**

**Tankstelle**

- 24 h geöffnet
- Autoreinigung
- Autowaschanlage
- LPG-Diesel-Super
- große Shopauswahl
- frisches Popcorn

Inhaber:

Karsten Strickmann  
Hermannsteiner Str. 30  
35576 Wetzlar  
Tel.: 06441 - 36 333

# Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters: „Schutzschirm“ für Sport, Kultur und Soziales in Wetzlar

Vereine, Verbände und Initiativen prägen die Stadt - das soll auch weiterhin so sein

**Das ehrenamtliche Engagement der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Wetzlar, das in besonderem Maße in Vereinen, Verbänden und Initiativen mit ihren ganz unterschiedlichen Zielsetzungen zum Ausdruck kommt, prägt seit Jahrzehnten das Gesicht unserer Stadt, betonte Oberbürgermeister Manfred Wagner.**

In Folge der Corona-Krise, die das gesellschaftliche Leben und damit auch die Arbeit der einzelnen Organisationen nahezu zum Erliegen gebracht hat, gilt es einen verantwortungsvollen Weg zurück zur gesellschaftlichen Normalität zu finden. Dabei kommt den in der Stadt Wetzlar etablierten Vereinen, Verbänden und Initiativen eine ganz besondere Funktion zu. Zum einen gilt es Strukturen zu sichern, zum anderen ihre Weiterentwicklung ob der veränderten Rahmenbedingungen zu fördern.

Mit diesen Worten hatte Oberbürgermeister Manfred Wagner bereits in der öffentlichen Sitzung

des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 23. April 2020 angekündigt, der Magistrat arbeite an der Abfassung eines Hilfsprogramms für die bisher von der Stadt geförderten Vereine, Verbände und Initiativen und werde dieses den Gremien in Kürze vorlegen.

Das entsprechende Konzept legte OB Wagner wie zugesagt vor wenigen Tagen in der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vor und es wurde einstimmig beschlossen.

Es geht von dem Grundgedanken aus, dass sich die Vereins- und Ehrenamtsförderung an den für das Jahr 2019 maßgeblichen Parametern orientiert. Ferner soll Vereinen und Verbänden, die in diesem Jahr Großveranstaltungen geplant hatten, die angesichts der Pandemie nicht durchgeführt werden können, der vorgesehene Förderbetrag aus der Stadtkasse zumindest hälftig ausbezahlt werden.

Denn mit der Vorbereitung all dieser Events gehen in aller Regel

nicht unbeachtliche Aufwendungen einher, denen jetzt keine Ertragspositionen entgegenstehen. Auch fallen einzelne Sponsorengelder aus.

Ferner sollen die Vereine und Verbände eine Anschubleistung erhalten, um nach der Corona-Krise das öffentliche Leben wieder bereichern zu können. So werden von der Stadt geförderten Vereinen je jugendlichem Mitglied ein Betrag von 1,50 Euro und für jedes volljährige Vereinsmitglied ein Betrag von 1 Euro bereitgestellt.

Und zudem erhalten die Vereine und Verbände, die zur Durchführung öffentlicher Veranstaltungen in den vergangenen zwei Jahren die Stadthalle und die Wetzlarer Bürgerhäuser genutzt haben, einen Gutschein, den sie bei künftigen öffentlichen Veranstaltungen bis zum Ende des Jahres 2023 einlösen können.

Ein Härtefallfonds, der in besonderen Fällen, insbesondere der drohenden Existenzgefährdung von Vereinen und Verbänden



Foto: Heiner Jung

Veranstaltungen wie das Handball-Jugendcamp der HSG Dutenhofen/ Münchholzhausen fielen dank Corona ins Wasser

durch Magistratsentscheidung in Einsatz gebracht werden kann, rundet das Konzept ab.

Auf diesem Wege spannen wir einen Schirm mit einem Volumen rund 600.000 Euro auf, der aus Mitteln, die im Haushalt 2020 eingeplant waren, aber nicht für die ursprünglich geplanten Veranstaltungen benötigt werden, ohne Mehraufwand zu erzeugen, mobilisiert werden kann.

Sandra Ihne-Köneke, Vorsitzen-

de der SPD-Stadtverordnetenfraktion, begrüßte diese Initiative. „Uns ist es wichtig, die seit Jahrzehnten gelebte Partnerschaft mit den Vereinen und Verbänden auch und gerade in schwierigen Zeiten fortzuführen und den Grundstein dafür legen können, dass wir nach der Corona-Krise auch wieder durchstarten und den vielen angenehmen Dingen, die das Leben in Wetzlar ausmachen, Perspektive geben können“.

## Alle Kinder und Jugendliche mitnehmen

SPD-Bundestagsabgeordnete Dagmar Schmidt, MdB fordert Sozialdemokratische Kindergrundsicherung

**Kinder und ihre Familien haben im Moment besonders viel zu schultern – Kinderkrippen, Kindergärten und Schulen sind nur eingeschränkt geöffnet.**

Viele Kinder und Jugendliche sind seit Wochen zuhause und haben keinen oder nur eingeschränkten Kontakt zu gleichaltrigen. Auch Nachhilfe, Sportvereine, Kinder- und Jugendzentren, Musik- und Malschulen fallen als unterstützende Infrastruktur seit Wochen weg. „Ich bin beeindruckt davon, wie die allermeisten Familien, Kinder und Jugendlichen die letzten Wochen gemeistert haben.“, stellt Dagmar Schmidt fest.

Kindern und Jugendlichen fällt es zurzeit besonders schwer, am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben teilzunehmen. Die heute verabschiedete gemeinsame Erklärung des Ratschlags Kinderarmut zeigt, die Corona-Pandemie wirkt auch hier wie eine Lupe: Kinder und Jugendliche, deren Familien arm sind oder von Armut bedroht sind, leiden besonders unter den geltenden Einschränkungen. „Auch in unserer Region ist die drohende Kinderarmut insbesondere bei Alleinerziehenden und Menschen mit niedrigem Einkommen ein drängendes Problem.“

Daher unterstütze ich die sozialdemokratische Forderung, betont Stephan Aurand, Sozialdezernent des Lahn-Dill-Kreises. „Es ist gut, dass auch in Hessen langsam der Weg zu einem neuen Schul- und Kindergartenalltag gegangen wird. Andererseits beginnen in Hessen in fünf Wochen die Sommerferien und wir müssen uns fragen: Was machen die Kinder und Jugendlichen dann?“, erklärt Dagmar Schmidt, die stellvertreten-



Foto: 123RF

de sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion weiter. Viele Eltern haben ihren Urlaub bereits verbraucht. Zwar versuchen die Städte und Gemeinden im Lahn-Dill-Kreis ein möglichst umfangreiches Kinder- und Ju-

gendfreizeitangebot anzubieten – die üblichen Zeltlager und Ferienreisen werden in diesem Sommer aber nicht in der gewohnten Weise stattfinden können.

Für die SPD ist klar: Erholung, selbstgestaltete Zeit und Spiel sind Kinderrechte, die gewahrt werden müssen – und das gilt für alle Kinder und Jugendlichen. Jedes Kind ist der SPD gleich viel wert.

„Wir wollen alle mitnehmen und ihnen die Chancen bieten, das Bestmögliche aus ihrem Leben zu

machen. Wir haben verschiedene Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die Auswirkungen der Corona-Pandemie für alle abzumildern. Die Entbehrungen von Kindern und Jugendlichen konnten wir damit nicht auffangen.“, stellt Dagmar Schmidt fest.

Deswegen setzt sich die SPD für eine sozialdemokratische Kindergrundsicherung ein, die auf zwei Säulen fußt: einer Infrastruktur vor Ort, die Bildung und Teilhabe für alle Kinder ermöglicht, sowie einer

*Fehlt das Geld für digitale Lehrmittel, sind Kinder heute benachteiligt*

verlässlichen und transparenten Geldleistung, in der die bisherigen Familienleistungen – wie zum Beispiel Kindergeld, Kinderzuschlag und Kinderfreibetrag – zusammengeführt werden.

An der schrittweisen Umsetzung arbeitet die SPD etwa bei der Neuberechnung der Regelbedarfe, der Bündelung von Leistungen wie beim Ausbau der Infrastruktur wie etwa der Ganztagschulangebote, der Kinder- und Jugendhilfelandtschaft und der Verbände wie auch der Unterstützung der Kommunen, in denen die wesentlichen Angebote der Infrastruktur vorgehalten werden.

Um Familien jetzt unter die Arme zu greifen, setzt sich die SPD außerdem für einen Kinderbonus von 300 Euro pro Kind ein.

**Ihre Fahrradwelt**  
auf der Bachweide

über 500 Bikes  
in unserer Ausstellung

**ZWEIRAD**  
**Sarges**

Bachweide · Wetzlar seit 1949

Hessenstraße 1 · Wetzlar · Tel.: 06441-94570  
[www.zweirad-sarges.de](http://www.zweirad-sarges.de)

**pfeiffer**  
since 1923

Ganzheitliche Planung Küche, Bad, Wohnen.  
Showroom. Starke Marken.  
Stil & Budgettreu. Raum-in-Raum Konzepte.  
Grillshop Big Green Egg.

Kochkurse

[www.pfeiffer-kuechen.de](http://www.pfeiffer-kuechen.de)  
Pfeiffer GmbH & Co. KG Emmeliusstr. 21, 35614 Asslar

**AutoCenter Wetzlar**  
KFZ-Meisterwerkstatt

MÖCHTEN SIE IHR AUTO VERKAUFEN?  
Dann sind wir der richtige Partner für Sie!  
Wir kaufen Kraftfahrzeuge aller Art.  
PKW, Busse, Geländewagen & Transporter.  
Wir garantieren sofortige Barzahlung & Abmeldung.  
Auch Unfall- oder Motorschaden, Km Stand, TÜV sind unwichtig.

Rufen Sie uns an! Es lohnt sich.  
**0177-6053220**  
**06441-9631346**

**Neueröffnung**  
Zertifizierte Autoverwertung  
Wetzlar, Garbenheimer Straße  
Gebrauchte Autoteile

# Corona: Solidarisch handeln, den Zusammenhalt stärken

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind und bleiben unsere feste Orientierung

Die Corona-Pandemie ist eine historische Herausforderung für unsere Gesellschaft. Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik gab es eine solche Krise, die so tief und für alle spürbar in unseren Alltag eingegriffen hat.

Die Einschränkungen sind drastisch und für viele schmerzhaft: Geschlossene Kindergärten und Schulen haben viele Familien hart getroffen, Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind wochenlang zum Nichtstun gezwungen gewesen. Zahlreiche Betriebe und Selbständige machen sich große Sorgen um ihre wirtschaftliche Zukunft.

Umso wichtiger ist es, dass die Sozialdemokratie in dieser schwierigen Zeit Verantwortung übernehmen kann in Bund, Ländern und Kommunen. Denn mehr denn je kommt es jetzt darauf an, solidarisch zu handeln, den Zusammenhalt zu stärken und soziale Sicherheit zu bieten. Wir wollen die Gesundheit aller so gut wie möglich schützen und Leben retten. Gleichzeitig geht es darum, dass wir die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie im Griff behalten.

Darum spannen wir einen Schutzschirm für Familien, für Arbeitsplätze, für Selbstständige, für kleine und große Unternehmen. So haben wir in der Bun-



Empörende Arbeitsumstände für die Beschäftigten der Fleischindustrie

desregierung dafür gesorgt, dass die Kurzarbeit massiv ausgebaut wurde und damit Millionen von Arbeitsplätzen gerettet – anders als beispielsweise in den USA, wo mehr als 20 Millionen Menschen ihre Jobs verloren haben. Mir war dabei besonders wichtig, dass wir das Kurzarbeitergeld für diejenigen erhöhen, die besonders lange zuhause bleiben und Familien versorgen müssen. Denn die Lebenshaltungskosten bleiben so hoch wie immer.

Das gilt auch für die Eltern, die während der Krise ihre Kinder zuhause betreuen, aber nicht von zuhause aus arbeiten können. Wir

haben dafür gesorgt, dass diese Mütter und Väter auch langfristig keine unzumutbaren Lohninbußen erleiden. Eltern, die zeitweise weniger oder gar nicht arbeiten können, haben jetzt Anspruch auf jeweils 10 Wochen Lohnersatz für Mutter und Vater, Alleinerziehende: 20 Wochen.

Gleichzeitig haben wir in der Bundesregierung die Sozialschutzpakete durchgesetzt, die u.a. Arbeitssuchende besser unterstützen – denn gerade jetzt ist es besonders schwer, eine neue Stelle zu finden. Auch den Zugang zur Grundsicherung haben wir vorübergehend erleichtert und die

Arbeit der Sozialeinrichtungen gestärkt.

Die Corona-Krise lenkt zudem den Blick auf Zustände in unserem Land, die auch schon vor der Krise problematisch gewesen sind: So sind in der Fleischwirtschaft zuletzt gehäuft Corona-Infektionen aufgetreten – ein weiterer Hinweis auf die Strukturprobleme in der Branche. Diese Infektionen gefährden die erkrankten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und sie gefährden die lokalen Lockerungen, die wir gemeinsam erreicht haben – und damit das Leben in den betroffenen Regionen.

Tatsächlich fällt die Fleischbranche seit Jahren immer wieder auf durch unzureichenden Arbeitsschutz und empörende Arbeitsumstände für die Beschäftigten. Diese Missstände sind unwürdig und gefährlich. Wir wollen sie schnell und gründlich beheben. Besonders wichtig ist mir, dass wir die organisierte Verantwortungslosigkeit in Sub-Unternehmerkonstruktionen beenden. Werkverträge beim Schlachten und Verarbeiten von Fleisch werden verboten. Das ist eine deutliche Ansage an die Fleisch-Industrie – denn das Gemeinwohl und der Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind wichtiger als die Profitinteressen der Branche.

Unsere Politik in der Corona-Krise zeigt: Wir kommen, bei allen



Hubertus Heil ist stellvertretender Parteivorsitzender der SPD und Bundesminister für Arbeit und Soziales. Seit 1998 gehört er dem Bundestag an, seit 2018 ist er Bundesminister für Arbeit und Soziales.

Härten, besser durch die Krise als viele andere Länder. Dafür haben die politischen Maßnahmen gesorgt und ein Sozialstaat, auf den man sich verlassen kann. Tatsache ist: Es gibt keine Blaupause, keine Gebrauchsanweisung für diese historische Krise – jede politische Entscheidung birgt Risiken. Umso wichtiger ist es, dass wir diese Verantwortung mit einem zuverlässigen sozialdemokratischen Wertekompass annehmen.

Was auch immer auf uns zukommen mag – **Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind und bleiben unsere feste Orientierung!**

## Ehrenbrief für ein „Urgestein“ der Kommunalpolitik

Er hat sich immer an der Sache orientiert und produktiv eingebracht

Der langjährige Wetzlarer Stadtverordnete Dr. Fritz Teichner (CDU) ist mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen ausgezeichnet worden.

Oberbürgermeister Manfred Wagner (SPD) übergab die Auszeichnung im Beisein von Stadtverordnetenvorsteher Udo Volck (SPD) und CDU-Fraktionsvorsitzendem Michael Hundertmark.

Teichner gehörte seit 1968 dem Wetzlarer Stadtparlament mit Unterbrechungen insgesamt 37

Jahre lang an, bevor er sein Mandat Ende 2019 wegen schwerer Krankheit niederlegen musste. Der 79-Jährige war zuletzt u.a. im Kulturausschuss, in der Betriebskommission des Altenzentrums Wetzlar und im Seniorenrat aktiv. Am Beginn seiner kommunalpolitischen Tätigkeit gehörte er viele Jahre dem Sozialausschuss und dem Jugendwohlfahrtsausschuss an. Bereits 2006 wurde Teichner die Ehrenbezeichnung „Stadtältester“ verliehen.

Wagner würdigte Teichner als „Urgestein“ der Stadtverordnetenversammlung, der sich nie in den Mittelpunkt gestellt habe. Er habe gerne stets in der hintersten Reihe Platz genommen und sich von dort aus immer an der Sache orientiert und produktiv eingebracht.

OB Wagner (r.) übergab Fritz Teichner die Ehrenurkunde in dessen Haus, v.l. Stadtverordnetenvorsteher Volck und CDU-Fraktionsvorsitzender Hundertmark



# Wir geben Generationen ein Zuhause!

Über 7000 Bürgerinnen und Bürger fühlen sich schon Zuhause mit uns. Egal ob Miet- oder Eigentumswohnung: Wir sind seit Generationen Ihr kompetenter Partner für Wetzlar und Umgebung. Mehr Informationen zu uns und unseren Angeboten unter Telefon: **06441 / 90120** oder per Internet: **www.wwg-wetzlar.de**



Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH



Heiner Jung, Anzeigenredaktion

Liebe Leserin, lieber Leser, die nächste Ausgabe der Wetzlarer Nachrichten erscheint

**Freitag, 28. August 2020**

Anzeigen nehmen wir gerne auf bis Freitag, 17. August 2020. Anfragen richten Sie bitte an:

**post@heiner-medianservice.de**  
**Telefon 06441-72500**

# Coronakrise legt schulpolitisches Versagen der schwarzgrünen Landesregierung schonungslos offen

Klarheit, Planungssicherheit und Konzepte für die Schulöffnung nach den Sommerferien gefordert

**Der Hessische Landtag hat in der letzten Plenarwoche im Mai ein „Gesetz zur Anpassung des Hessischen Schulgesetzes und weiterer Vorschriften an die Maßnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus“ beraten.**

Der Gesetzentwurf, der in drei Gesetzen und 22 Verordnungen weit über 200 Einzeländerungen vornimmt, war von den Regierungsfractionen von CDU und Grünen eingebracht worden. Die Regierungsfractionen der CDU und der Grünen hatten den Gesetzentwurf kurzfristig und ohne jegliche Beteiligung der Betroffenen eingebracht. Dies widerspricht parlamentarischen und demokratischen Gepflogenheiten.

Wer sich von diesem Gesetzentwurf aber Auskunft über drängende schulpolitische Fragen der näheren und nächsten Zukunft erwartet hatte, wurde enttäuscht. Wie zum Beispiel die Landesregierung, bzw. die sie tragenden Fraktionen der CDU und der Grünen, die ja den Gesetzentwurf eingebracht haben, dafür sorgen wollen, dass versäumter Unterrichtsstoff aufgeholt werden kann, bleibt weiterhin unklar. Und wenn CDU und Grüne nun das Sitzenbleiben vorübergehend abschaffen wollen, so bleiben sie auch hier die Antwort auf die sich daraus ergebende Frage schuldig, wie denn die betroffenen Schülerinnen und Schüler die fachlichen Defizite aufholen sollen. Konsequenterweise müsste



Eine Lehre aus Corona: Digitales Lernen muss viel stärker gefördert werden

die Landesregierung jetzt auch die individuelle Förderung hochfahren, damit Lernlücken kompensiert werden könnten. Aber dazu kommt nichts von der Landesregierung und auch nicht von CDU und Grünen.

Das passt ins Bild der teils chaotischen und immer unambitionierten Schulpolitik der Landesregierung in der Coronakrise. Das fing schon mit übereilten Schulschließungen an, nachdem der Ministerpräsident noch kurz zuvor versprochen hatte, Schulschließungen zu vermeiden. Bei den Schulöffnungen musste dann die Landesregierung zum Jagen getragen werden. Offensichtlich waren

die vielen Wochen nicht genutzt worden, um tragfähige Konzepte für die Wiedereröffnung der Schulen zu entwickeln. Entsprechend ruckelig gestaltete sich dann auch das Wiederhochfahren der Schulen und von einem Regelbetrieb oder auch nur einer Aussicht auf einen Regelbetrieb sind wir in Hessen sehr weit entfernt.

Die Schulen hatten in den vergangenen Wochen mit vielfältigen Problemen zu kämpfen und haben sich so gut es eben ging auf die Herausforderungen eingestellt. Die Krise hat vor allem deutlich gemacht, wie groß die Defizite sind, die eine ideologische und wenig vorausschauende Schul-

politik der letzten zwei Jahrzehnte unter CDU-geführten Landesregierungen verursacht hat. Die Umstellung auf digitales Lehren und Lernen hat – soweit die technische Ausstattung dafür überhaupt vorhanden ist – aufgezeigt, wie groß die Unzulänglichkeiten in diesem Bereich sind. Der Lehrermangel wurde von der Landesregierung durch Taschenspielertricks weggerechnet und Daten zum Unterrichtsausfall einfach gar nicht erhoben. All dies rächt sich jetzt.

Die Landesregierung muss nun endlich dafür zu sorgen, dass alle Lehrkräfte mit dienstlichen Endgeräten und vor allem alle Schulen im nächsten Schuljahr mit ge-



**Der Landtagsabgeordnete Stephan Grüger** aus dem Lahn-Dill-Kreis ist Mitglied des Hauptausschusses, des Wirtschaftsausschusses und des Europaausschusses des Hessischen Landtages. Er ist Energie-, Industrie- und Außenhandelspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

nügend Laptops, Notebooks oder Tablets ausgestattet werden, um allen Schülern das Lernen zuhause zu ermöglichen. Niemand darf vom digitalen Lernen zu Hause ausgeschlossen werden. Darüber hinaus muss es Klarheit, Planungssicherheit und Konzepte für die Schulöffnung nach den Sommerferien geben. Die bisherige Teilöffnung an einigen wenigen Tagen ist keine Wohltat, sondern ein Armutszeugnis. Die Chancengleichheit nimmt auf diese Weise weiter massiv zu.

## Aus der Krise lernen – Die Zukunft Europas zum Besseren gestalten!

Gerade jetzt wird entschiedenes Handeln im Geiste der europäischen Solidarität gebraucht

**Die Corona-Krise trifft die europäischen Staaten hart und stellt sie vor große Herausforderungen. Millionen Menschen haben sich weltweit infiziert und bangen um ihre Gesundheit. Die Gesundheitssysteme werden auf die Probe gestellt und keiner von uns wird die Bilder der überfüllten Krankenhäuser in Italien oder Spanien so schnell wieder vergessen.**

Jenseits der medizinischen Herausforderungen stehen wir auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik vor Mammutaufgaben. Auf der ganzen Welt haben Millionen von Menschen ihre Arbeit verloren, Unternehmen vielerorts kämpfen um ihre Existenz. Das lässt uns alle nicht kalt. Spätestens jetzt sollten auch die letzten merken: Wir sitzen im selben Boot und gerade jetzt wird entschiedenes Handeln im Geiste der europäischen Solidarität gebraucht.

Die Corona-Pandemie verdeutlicht Probleme in der europäischen Architektur, die schon seit der letzten Finanzkrise und ihren Nachwirkungen deutlich sichtbar sind.

Staaten, die unter dem Kreislauf massiver Staatsschulden leiden und den Sparzwängen der Austeritätspolitik unterlagen, sind beson-



Arbeitslosigkeit in Europa dank Covid 19 fordert unsere Europäische Solidarität

ders hart von den Auswirkungen betroffen.

Soziale Ungleichheit durch Armut, prekäre Beschäftigung und dem ungleichen Zugang zu Bildungschancen verschärft sich gerade in diesen Zeiten. Aus der Krise lernen bedeutet, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen, deshalb ist der Wiederaufbau-Vorschlag der EU-Kommission ein erster wichtiger Schritt für weitreichende Reformen. Dieser setzt sich zum einen aus nicht rückzahlbaren Zuwendungen und zum anderen aus günstigen Krediten zur

Stärkung der Gesundheits- und Bildungssysteme sowie zur Förderung von modernen Infrastrukturen und Innovation zusammen.

So können wichtige Investitionen in nachhaltige Arbeitsplätze, die Digitalisierung, Bildung und Gesundheit vor Ort getätigt werden. Stark verschuldete und zugleich von der Krise besonders gebeutelte Staaten bekommen die Möglichkeit, wieder frei zu atmen. Europa kann aus der Krise gestärkt hervorgehen – aber nur, wenn wir die sozial-ökologische Wende schaffen.

Das bedeutet: Armut bekämpfen und Reichtum gerecht verteilen. Die Schulen modernisieren, Pflege und Gesundheitssysteme fördern, die Kommunen und den Sozialstaat in Europa stärken, statt ständig kaputt zu sparen.

Auf neue Technologien und nachhaltige Industrie setzen, nicht auf überholte Mobilitätssysteme und überkommene Technologien der Energiegewinnung. Wer in der aktuellen Situation auf Sparpolitik und Spaltung, auf gescheiterte, umweltschädliche Programme, auf Steuersenkungen für Millionä-



**Udo Bullmann ist Europabeauftragter der SPD und Mitglied des Europäischen Parlaments, dort Koordinator im Entwicklungsausschuss.** Der Finanzmarkt- und Wirtschaftsexperte gehört seit 1999 dem Europäischen Parlament an.

re und Lohnkürzungen für die Armen und Ärmsten in der Gesellschaft setzt, der ist entweder nicht fähig aus der Krise zu lernen oder nicht Willens, die Zukunft zu gestalten. Die EU-Kommission mit Ursula von der Leyen an ihrer Spitze, hat nun die Aufgabe, Brücken zu bauen und die Staats- und Regierungschefs zu überzeugen. Wir müssen endlich rauskommen aus den ideologischen Grabenkämpfen und die Zukunft zum Besseren gestalten. Für die nächsten Generationen und für alle Menschen in Europa.

# Sozialstaat neu gestalten

MdB Dagmar Schmidt: Sozialstaat als Partner, der das Leben leichter macht

## Der Sozialstaat als Partner

Die Corona-Pandemie wirkt wie eine Lupe – sie schärft den Blick für das, was gut ist und das, was besser werden muss. Gut ist: Unser Sozialstaat. Er bildet ein Netz, mit dem wir viele Menschen vor einem allzu starken Absturz schützen konnten. Es ist aber auch nicht erst seit der Corona-Pandemie klar: Er ist zuweilen kompliziert, voller undurchsichtiger Schnittstellen, intransparenter Leistungen und bürokratischer Hürden.

Die letzte Sozialstaatsreform ist mehr als 15 Jahre her. Unsere Welt hat sich seitdem verändert. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben auf unserem Bundesparteitag im Dezember 2019 einen neuen Weg eingeschlagen: Wir wollen einen Sozialstaat schaffen, der von denen aus denkt, die ihn brauchen – und nicht von denen, die ihn missbrauchen könnten. Wir wollen einen Sozialstaat als Partner, der das Leben leichter macht – und wollen

den Zugang zum Sozialstaat erleichtern. Er soll auf den Grundgedanken Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität fußen.

## Freiheit:

Alleinerziehend, verheiratet, arbeitslos, im Schichtbetrieb arbeitend, reich oder arm – jeder Mensch hat seine ganz eigenen Startbedingungen, Chancen und Lebenslagen. Damit alle Menschen die Freiheit haben, selbst über ihren Lebensweg zu entscheiden, muss unser Sozialstaat da ausgleichen, wo es notwendig ist – zum Beispiel mit einer sozialdemokratischen Kindergrundsicherung und starker sozialer Infrastruktur für ältere Menschen. Und er muss den Menschen vertrauen, statt ihnen zu misstrauen – denn jeder Mensch ist die Expertin oder der Experte für das eigene Leben.

## Gerechtigkeit:

Arbeit ist zentral für die eigene Existenzsicherung. Sie schafft Teil-

habe und Sicherheit. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind überzeugt: Es ist genug sinnvolle und notwendige Arbeit für alle da. Deswegen wollen wir ein Recht auf gute Arbeit geben. Damit alle, die arbeiten können und wollen, dies auch können – mit einer gerechten Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen. Mit dem Qualifizierungschancengesetz und dem Arbeit-von-Morgen-Gesetz sind wir erste Schritte gegangen und haben den Zugang zu Weiterbildung erleichtert.

## Solidarität:

In einer solidarischen Gesellschaft tragen starke Schultern mehr als schwache. In einer solidarischen Gesellschaft, gibt es einen Sozialstaat, der die Menschen einfach und aktiv in allen Lebenslagen unterstützt und so das Leben leichter macht. Wir wollen Hilfen aus einer Hand, statt einem Labyrinth an Zuständigkeiten – zum Beispiel mit einem Bürgerservice.



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

benötigen Sie Hilfe oder haben Sie Fragen zur aktuellen Situation? Auf der Internetseite [www.wetzlar.de/corona](http://www.wetzlar.de/corona)

gibt es Informationen rund um diese Themen. Unter anderem finden Sie dort eine Liste mit **Ansprechpersonen** und deren Telefonnummern für die Wetzlarer Stadtbezirke und die Stadtteile, an die sich Ältere und Hilfsbedürftige wenden können, wenn Sie Unterstützung benötigen. Für zahlreiche Lebensbereiche bieten Beratungsstellen Ihnen Unterstützung an.

Informiert wird auch über **Lieferangebote** von Gastronomen und Einzelhandel sowie das Angebot von **Abholdiensten**.

Ebenfalls können Sie an dieser Stelle alles über den aktuellen Service der Wetzlarer **Stadtbibliothek** erfahren.



Sie stehen gemeinsam für das Sozialdemokratische Ziel eines partnerschaftlichen, freiheitlichen gerechten und solidarischen Sozialstaats: OB Manfred Wagner, Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, Landrat Wolfgang Schuster und unsere Bundestagsabgeordnete Dagmar Schmidt (alleSPD)

# Richtfest beim Neubau des Marienheims

Weitestgehend regionale Baufirmen auf der Baustelle tätig

**Mit großen Schritten geht der Neubau des städtischen Kinderhortes „Marienheim“ in der Turmstraße seiner Fertigstellung entgegen.**

Ende Januar fand der Spatenstich statt, am 8. Mai wurde Richtfest gefeiert. Dank der günstigen Witterung befindet sich die Bauzeit voll im Plan, erläuterte Bürgermeister Andreas Viertelhausen (FW). Auch habe die Corona-Epidemie kaum Auswirkungen auf den Bausektor gehabt. Derzeit liefen die Vorbereitungen für die Installation der Photovoltaikanlage auf dem Dach zur Energieversorgung. In Kürze erfolge auch der Einbau der Aluminiumfenster, die ebenfalls eine Rolle für die Energie-Effizienz des Gebäudes spielen. Damit erfülle das Gebäude modernste Standards.

Erfreulicherweise seien weitestgehend regionale Baufirmen auf der Baustelle tätig.

Neben der Firma Weimer GmbH,

Lahnau als Generalunternehmer, seien heimische Unternehmen wie die Zimmerei Grumbach, Fensterbau Sauter oder Innenausbau Möglich gewonnen worden.

Wenn alles nach Plan läuft, ist mit einer Fertigstellung des Gebäudes und dem Umzug im vierten Quartal diesen Jahres zu rechnen. Das neue Gebäude hat eine Fläche von 1.550 Quadratmetern, davon sind 250 Quadratmeter für das Jugendamt und 1.050 Quadratmeter für den Kinderhort vorgesehen. Die Baukosten betragen 3,24 Millionen Euro. Alle Räume des Hauses sind barrierefrei erreichbar. Es wird nach modernstem Energiestandard gebaut, die Beheizung erfolgt über eine Luftwärmepumpe, eine Solaranlage steht zur Eigenstromversorgung zur Verfügung. Im Untergeschoss entstehen Büroräume für die Abteilungen Jugendbildung und Jugendförderung des Jugendamtes. Diese sind aktuell noch in der Spilburg

bzw. Ernst-Leitz-Straße 46 untergebracht.

Im Erd-, Ober- und Dachgeschoss sind die Räume für 25 Kita-Kinder und 67 Hort-Kinder geplant. Der Umzug der Kita ist mit einer erheblichen qualitativen Verbesserung der Rahmenbedingungen für die pädagogische Arbeit verbunden, betonte Oberbürgermeister Manfred Wagner (SPD), Jugenddezernent der Stadt.

Die 92 Kinder im Alter von drei bis zehn Jahren werden neben einer Bücherei einen Musik- und einen Kreativraum erhalten, zudem wird ein Forschungsbereich eingerichtet. Der großzügige Multifunktionsraum mit Kletterwand bietet ideale Voraussetzung für Koordination und Bewegung. Hier kann auch Theater gespielt und gefeiert werden. Drei Hausaufgabenzimmer für die Hortgruppen sind eingeplant. Die Voraussetzungen für eine moderne frühkindliche Bildungsarbeit werden ideal sein.

Zudem bietet die neue Umgebung die Möglichkeit, das pädagogische Konzept auch in Richtung einer gesundheitsfördernden Kita weiter zu entwickeln.

Die Kindergartenkinder werden künftig die Möglichkeit haben, von ihrem Gruppenraum direkt auf das Außengelände zu gelangen. Zudem haben die Kinder der Kita-Marienheim mit großer Begeisterung an den Planungen des Außengeländes mitgewirkt.

Im Erdgeschoss erreicht man über den Flurbereich mit Eltern-ecke und Garderobe die Bürobereiche der Kindertagesstätte, den Gruppenraum, mit dazugehörigem Differenzierungsbereich (Ruheraum), den Essraum mit angrenzendem Küchenbereich sowie die Sanitärbereiche.

Ein Ausgang im Osten führt auf das Außengelände. Im Obergeschoss finden zwei Hortgruppen, drei Hausaufgabenräume und die Garderobe ihren Platz.



Zimmerermeister Hans Grumbach sprach den Richtspruch vom Dach aus, darunter Oberbürgermeister Wagner, Bürgermeister Viertelhausen und Vertreter des Jugendamtes und der Stadtentwicklungsgesellschaft

EIN GASTBEITRAG VON FRANK MIGNON



Frank Mignon ist Musiker, Moderator und Kolumnist. Als aktiver „Skeptiker“ unterstützt er überparteiliche Aufklärungsveranstaltungen und ist selbst als Vortragsredner und Diskussionssteilnehmer und -veranstalter aktiv.

„Früher war alles besser“, so hört man oft die Älteren unter uns sagen. Und tatsächlich waren Extremisten schön sauber getrennt voneinander in ihren Umtrieben zu beobachten. Die Rechtsradikalen hatten meist komische Scheitel oder gar Glatzen, trugen oft Springerstiefel und hörten völkisches Liedgut. Die Linksradikalen versammelten sich am 1. Mai, warfen Steine auf Polizisten und Autos, trugen lange Haare und hörten Punkrock. So stellen sich viele brave Bürger teilweise heute noch die oft genannten „Ränder“ unseres demokratischen Spektrums oder gar die außerhalb unserer verfassungsmäßigen Ordnung Stehenden vor.

Irgendwann erkannten die Rechtsradikalen, dass man mit knallharter Propaganda zwar beim Kyffhäusertreffen, nicht aber im gutbürgerlichen Wohn-

zimmer reüssieren kann. Also suchten sie sich andere Einfallsstorte in die sogenannte „Mitte der Gesellschaft“. Und da kam ihnen eine – besonders in Deutschland – beliebte Spielart des Unsinnns sehr gelegen: Die Esoterik.

Bevor Sie, liebe Leserinnen und Leser, jetzt empört den falschen Umkehrschluss ziehen, sei festgestellt: Nicht alle Esoteriker sind Rechtsradikale, das wäre Unsinn. Aber nahezu alle modernen Rechtsradikalen und „neu-rechten“ Internetportale, Verlage und Kongressanbieter nutzen die bunte Welt der sogenannten „Alternativmedizin“, der „Verschwörungsmythen“ und des „Übersinnlichen“, um ein latentes Bedürfnis der deutschen Volkseele zu befriedigen: Die Suche nach dem Sinn des Ganzen, nach höherer Bestimmung, nach „Wahrheit“.

Etwa der „Chemtrails“-Mythos, also die unsinnige Behauptung,

unsere Regierung oder „geheime Mächte“ würden uns mit Hilfe von Flugzeugen mit Gift besprühen, wäre nicht so weit verbreitet, wenn nicht sowohl Rechtsradikale als auch einige aus der linken Friedensbewegung sie bis in die Mitte der Bevölkerung getragen hätten.

Ebenso verhält es sich mit den Verschwörungsmythen über „9/11“, mit Märchen über angebliche „Impfschäden“ oder aktuell mit den albernen Geschichten über die angeblichen Gefahren von „5G“, also der neuesten Mobilfunktechnologie.

Die Bezeichnung „Aluhüte“ oder „Aluhutträger“ als Sammelbegriff für Leute, die an solchen Unsinn glauben und immer wieder neue angebliche „Beweise“ vorlegen, hat sich mittlerweile etabliert und in der aktuellen Corona-Krise lassen sich diese „Aluhüte“ sozusagen im Feldversuch beobachten.

Waren sie zuletzt im sogenann-

ten „Friedenswinter 2014“ bei den „Montagsmahnwachen“ gehäuft anzutreffen, wo Rechtsradikale zusammen mit Demonstranten gemeinsam auftraten, die sich selbst als eher links verorteten, so erleben diese Querfronten derzeit ihre große Stunde.

Denn die bittere Tatsache, dass Wissenschaftler immer nur Aussagen aufgrund momentan vorhandener Fakten treffen können und sich die Politik dem Problem ausgesetzt sieht, extrem weitreichende Entscheidungen aufgrund unsicherer und sich stetig ändernder Grundlagen treffen zu müssen, lässt wieder mal die Gerüchteküche kochen.

Bezeichnend ist auch hier, dass die bereits vorhandenen und bewährten Seilschaften wiederum agieren, also Websites und Verlage wie „Querdenken“, „KOPP“ oder „Compact“, nur diesmal erweitert um neue Bürgerbewegungen wie „Widerstand 2020“ oder „Demokratischer Widerstand“, die sogar schon in unserer Stadt ihre Schriften verteilt haben und hinter denen unter anderem der linke Theatermacher Anselm Lenz sowie der Arzt Dr. Bodo Schiffmann stecken, die auch zusammen mit dem fragwürdigen Youtube-Kanalbetreiber Ken Jebsen auftreten, der schon länger für jeden Verschwörungssinn zu haben war.

Auch hier gilt: Nicht jeder Teilnehmer an Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen ist ein Radikaler oder Spinner, es gibt genug Menschen, die sehr unter den derzeitigen Maßnahmen leiden, auch dem Autor dieser Zeilen wurde praktisch über Nacht die wirtschaftliche Existenz genommen. Dennoch sollten wir alle wachsam sein, wenn Wissenschaftler angegriffen und verunglimpft werden, wenn krude Mythen über eine angebliche „Bill-Gates-Verschörung“ verbei-

tet werden und wissenschaftliche Erkenntnisse schlichtweg gelehnet oder nicht zur Kenntnis genommen werden.

Häufig trafen solche Versammlungen vor Anti-Amerikanismus und Antisemitismus, wenn wieder mal eine „geheime Macht“ vermutet wird, die alles lenkt. Der Gipfel der Geschmacklosigkeit ist der gelbe Davidstern, den sich einige Demonstrationsteilnehmer als Zeichen für „nicht geimpft sein“ ansteckten und der mittlerweile zu Recht verboten wurde.

Wir alle sollten für Vernunft und Aufklärung streiten und uns nicht Leuten anschließen, die unter dem Vorwand, lediglich verfassungsgemäße Rechte wahrzunehmen, letztendlich unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zugunsten einer kruden völkisch unterwanderten und wissenschaftsfeindlichen Ideologie zu opfern. Es gibt keine wirkliche Demokratie ohne allgemein anerkannte wissenschaftliche Erkenntnisse.

Wer glaubt, mit „alternativen Fakten“ oder Esoterik Punkte machen zu können, treibt ein gefährliches Spiel, das letztendlich den Radikalen nützt, derzeit besonders denen am rechten Rand.



Karikatur: Klaus Stuttmann

**KARL-HEINZ PANZER**  
Personal Leasing Team

**Zeitarbeit**

**Arbeitsvermittlung**

**Arbeitssicherheit**

Lempstraße 23  
35630 Ehringshausen

Tel.: 06443 83391-0  
Fax: 06443 83391-29

panzer@khp-plt.de  
www.khp-plt.de

**THEIß**  
Garten-gestaltung

■ Beratung ■ Planung ■ Ausführung ■ Handel ■ Service

...mit uns neue Wege gehen!

Pflasterarbeiten | Raseneinsaaten | Zaunbau | Ganzjahrespflege | Teichbau  
Fällarbeiten | Trockenmauern | Pflanzungen | Treppenbau | Winterdienst

Rainstraße 19 | 35633 Lahnau - Waldgirmes  
Fon 06441 - 3 14 39 | Fax 06441 - 39 09 53  
www.theiss-garten.de | info@theiss-garten.de

CHRISTOPHERS KOCHECKE

Christophers gefüllte Frikadellen (Bifteki)

Griechische gefüllte Frikadellen (Bifteki) mit Nudelreis

(2 Portionen)

- 200 g Rinderhackfleisch
- 100 g Feta
- 1 Stück Ei
- 1 Stück kleine Zwiebel
- 1 Scheibe Toast
- 2 EL Petersilie
- 1 TL Oregano
- etwas Kreuzkümmel
- Olivenöl
- Salz & Pfeffer nach Bedarf
- 200 g Nudelreis (Kritharaki)

mit dem Ei, dem Toast, der Zwiebel sowie den Gewürzen vermengen. Kreuzkümmel sollte man hier sparsam verwenden, weil er oft als zu dominant wahrgenommen wird.

Nun ein etwa 30 cm mal 30 cm großes Stück Frischhaltefolie auslegen, mit etwas Öl einreiben damit nachher nichts kleben bleibt. Jetzt die Hälfte des Hackfleischs mittig auf der Folie verteilen und gleichmäßig flachdrücken, so dass ein etwa 15 cm mal 15 cm großes Patty entsteht. Die Hälfte des zerdrückten oder zerbröselten Schafskäses mittig aufbringen und das Ganze unter Zuhilfenahme der Folie einrollen, bzw. falten. Die Ränder kann man mit den Fingern zusammendrücken. Das Ganze noch mit der zweiten Hälfte der Zutaten wiederholen. Die Bifteki sind nach etwa 4 Minuten braten von jeder Seite gar.



Foto: Christopher Barsukis

Den dazu passenden Nudelreis (Achtung: keine Reismudeln) bekommt man mittlerweile in jedem gut sortierten Supermarkt und zu Aktionswochen sogar im Discounter, er ist unter den Namen Kritharaki oder Orzo erhältlich, in der italienischen Küche kennt man ihn als Risoni. Hier einfach die auf der Packung ersichtlichen Zubereitungshinweise beachten und nach dem Abgießen mit etwas Tomatenmark verrühren. Noch einen Klecks Tzatziki dazu und der Sommer kann kommen!  
*Kalí órexi, Guten Appetit!*

# B 49 – Was passiert mit der Hochstraße?

Ein Thema, zwei Bürgerinitiativen und nur ein gemeinsamer Weg kann erfolgreich sein

**Auf das Jahr 2027 begrenzen Statiker die Restnutzungsdauer der vierspurigen Hochstraße im Verlauf der Bundesstraße 49, die mitten durch die Wetzlarer Innenstadt verläuft. Eine Hochstraße, die mit der Öffnung der innerdeutschen Grenze vor drei Jahrzehnten als Bestandteil einer interkontinentalen Ost-West-Achse eine besondere Bedeutung gewonnen hat.**

Folglich richtet der Bund als Träger der Straßenbaulast seine Planungen für das, was nach 2027 folgen muss und den gesamten Streckenzug durch Wetzlar (also auch die Taubensteinbrücke) einbezieht, an der zu erfüllenden Verkehrsfunktion aus.

Hessen Mobil hat – Corona Zeiten ließen ein anderes Format der Beteiligung nicht zu – die erarbeiteten Planungsvarianten jetzt in einem Online-Verfahren der interessierten Öffentlichkeit vor- und zur Diskussion gestellt. Ein wohl einzigartiges Verfahren für ein derart komplexes Vorhaben. Aber ein Verfahren, das es vielen Menschen ermöglicht hat, sich intensiv mit den einzelnen Varianten zu beschäftigen, Hinweise zu geben, Fragen zu artikulieren und Positionen zu beziehen.

Und erfreulicher Weise haben sich sehr viele Menschen an diesem Informations- und Diskussionsprozess beteiligt und konnten auch die Statements der Straßenbauverwaltung zur Kenntnis nehmen. Über 71.000 Aufrufe hatte die Seite und ganz sicher hätte man eine derart große Zahl in keinem anderen Format erreichen können.

Dieser Prozess hat aber auch deutlich gemacht, dass der Erhalt der Hochstraße in ihrer heutigen Form nicht möglich ist, dass ein Ersatzbau im Bestandskorridor auf eine Breite von rund 33 Metern anwachsen müsste und der von der BI „Hochstraße“ als Alternative hin und wieder ins Spiel gebrachte Bau einer Brücke ohne Seitenstreifen unter Einbezug der Zu- und Abfahrtsrampen immer noch eine Breite haben würde, die deutlich über die Ausdehnung der heutigen Hochstraße hinausgehen müsste.

Auch in einem solchen Falle müssten Häuser entlang der Straße weichen und das Bauwerk müsste mit einer aufgeständerten

Lärmschutzwand versehen werden. Damit würde der die Stadt trennende Charakter massiv verstärkt werden.

Zugleich wurde in der Präsentation von Hessen Mobil für alle Interessierten deutlich, dass eine östliche Umfahrung Dalheims, die durch das heutige und für Wetzlar sehr wichtige Gewerbe- und Industriegebiet „Dillfeld“ führen müsste, eine Reihe von Dämmen, Brücken und Brückendurchlässe benötigen würde. Die gewerbliche Nutzbarkeit dieses Areals würde massiv beeinträchtigt und es müssten mit Blick auf die Belange der betroffenen Unternehmen möglichst in unmittelbarer Nähe zum heutigen Standort Ersatzflächen geschaffen werden. Auch das dürfte den Siedlungsbereich Dalheims alles andere als unberührt lassen.

Und schaut man sich die wesentlichen Umfahrungen Dalheims an, dann besteht in Wetzlar ein hohes Maß an Übereinstimmung, dass die sogenannte „Einschnittsvariante“ einen nicht hinnehmbaren Verlust an landwirtschaftlicher Fläche, an Lebens- und Naherholungsraum bedeutet, der auch ob der massiven Veränderungen des Landschaftsbildes nicht hinnehmbar wäre.

Schon im Sommer des vergangenen Jahres hatte sich das Wetzlarer Stadtparlament auf der Grundlage eines interfraktionellen, von SPD, CDU, FWG, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP getragenen Votums mit großer Mehrheit für die westliche Umfahrung des Stadtbezirks Dalheim in der Variante eines Tunnels ausgesprochen.

Die jetzt von Hessen Mobil vorgenommene Präsentation verdeutlicht, dass diese Variante zweifelsohne realisierbar ist. Sie bedarf selbstverständlich wie alle anderen Szenarien – sieht man von Führung des Streckenzuges im Bestandskorridor ab – auf dem zur A 45 (Blasbacher Kreuz) führenden Teilstück der A 480 entlang des Stadtteils Hermannstein, wie auch in der Folge im Verlauf der A 45 entlang des Stadtteils Naunheim eines deutlich verbesserten und erweiterten Lärmschutzes, der bereits vor dem Jahr 2027 existent sein muss.

Denn auch durch die provisorische Umfahrung während der gesamten Baumaßnahme wird unzweifelhaft Verkehr über diese



Die Hochstraße in Wetzlar wird uns noch Jahre beschäftigen

Strecken zu führen sein. Und es gehört auch dazu, dass der erforderliche Neubau der Anschlussstelle im Bereich des heutigen Blasbacher Kreuzes ebenso funktional auf die sich verändernden Anforderung ausgerichtet werden muss, wie auch die Anschlussstelle Dorlar der A 45 an die Bundesstraße 49.

„Der Tunnel ist realisierbar und Lärmschutz entlang der A 480 sowie der A 45 ebenfalls“. Daran sollten wir miteinander arbeiten, wissend, dass alles was für unsere Stadt kommen wird, kein „minimalinvasiver Eingriff“ sein wird. Dies sollte unsere Verständigung vor Ort sein“, betonte Oberbürgermeister Manfred Wagner auch mit Blick auf die beiden gegenläu-

fige Interessen verfolgenden Bürgerinitiativen.

Nur dann, wenn wir geeint auftreten, können wir unser Wetzlarer Gewicht wahrnehmbar in die Waagschale werfen und darauf komme es jetzt an. Auch lud der Oberbürgermeister dazu ein, vor Ort nicht fortwährend eine Situation herbeizureden, wonach der Bund in Corona-Zeiten für den Tunnel als die womöglich teurere, im Übrigen aber am ehesten tragliche Variante, kein Geld aufbringen könne.

„Wenn der Bundesverkehrsminister für sein „Maut-Desaster“ den potentiellen Betreibern aufgrund seiner vertraglichen Gestaltungen Schadenersatz in der Größenordnung von 560 Millionen

Euro zahlen wird, dann muss es auch möglich sein, das Geld für die Wetzlarer zukünftige Entwicklung insgesamt am wenigsten tangierende Variante zu aktivieren.

Und nicht aus dem Blick verlieren sollte man, dass Bayern angesichts des CSU-geführten Verkehrsministeriums schon immer deutlich mehr Mittel für den Fernstraßenbau bekommen hat, als andere Länder und diese Entwicklung unter Andreas Scheuer nochmals deutlich bestärkt wurde.

Trotz Corona gilt es selbstbewusst für diese Variante zu werben. „Ich bin unserer heimischen Bundestagsabgeordneten Dagmar Schmidt dankbar, dass sie diese Position teilt“, so der OB abschließend.

## UNSER BUCHTIPP

Gratis zum Download

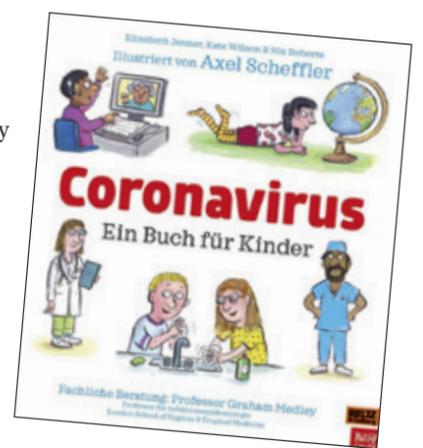
### Coronavirus – Ein Buch für Kinder

Das Thema Coronavirus wird uns noch länger beschäftigen, da sind sich die Experten einig. Doch vielen Eltern fällt es nicht gerade einfach, dem Nachwuchs die Pandemie und den Sinn einiger Vorsichtsmaßnahmen zu erklären.

Was passiert, wenn man an dem Virus erkrankt? Wieso darf ich meine Freunde nicht wie gewohnt treffen? Und wie kann ich mich und meine Familie vor einer Ansteckung schützen? All diese Fragen werden aufgegrif-

fen. Entwickelt wurde das Sachbuch vom englischen Verlag Nosy Crow, Grüffelo-Schöpfer Axel Scheffler hat es illustriert. Beltz & Gelberg haben das Informationsbuch für Kinder ab fünf Jahren gratis zum Download bereitgestellt.

**Coronavirus – Ein Buch für Kinder** von Elizabeth Jenner, Kate Wilson und Nia Roberts  
Download unter [www.beltz.de/kinder\\_jugendbuch](http://www.beltz.de/kinder_jugendbuch)



## VERANSTALTUNGS-TIPPS

Alle Angaben ohne Gewähr

Liebe Leserinnen und Leser,

Auf Grund der aktuellen Corona-Situation können wir Ihnen an dieser Stelle nicht wie gewohnt unsere Veranstaltungs-Tipps mitteilen. Bitte informieren Sie sich bei unseren Wetzlarer Veranstaltern auf deren Webseite über die weiteren Entwicklungen und einen eventuellen Wiedereinstieg in Programmangebote bei weiteren Lockerungen der Corona-Maßnahmen.

**RITTAL ARENA WETZLAR**  
[www.rittal-arena.de](http://www.rittal-arena.de)

**STADTHALLEN WETZLAR**  
KONGRESS- UND KULTURZENTRUM  
[www.stadthallen-wetzlar.de](http://www.stadthallen-wetzlar.de)



[www.kellertheater-wetzlar.de](http://www.kellertheater-wetzlar.de)

**Franzis**  
IM KULTURZENTRUM WETZLAR  
[www.franzis-wetzlar.de](http://www.franzis-wetzlar.de)

**Bunte Katze**  
[www.bunte-katze-wetzlar.de](http://www.bunte-katze-wetzlar.de)

ARBEITERWOHLFAHRT ORTSVEREIN  
WETZLAR **AWO**

HERZLICH WILLKOMMEN

SENIORENTREFF "NEUSTADT"  
WILHELM REITZ HAUS  
35576 WETZLAR  
BRETTSCHEIDERSTRASSE 4  
DONNERSTAG 14:30 UHR